Die Rolle des MfS bei der Durchsetzung der Kirchenpolitik der SED und die Durchdringung der Kirchen mit geheimdienstlichen Mitteln

- I. Das Interventionssystem und seine Strukturen
 1. Grundzüge der SED-Kirchenpolitik
 2. Arbeitsweisen des MfS und Aufbau der HA XX/4
 - 2.1. Die Inoffiziellen Mitarbeiter
 - 2.2. Operative Personenkontrollen (OPK)
 - 2.3. Operative Vorgänge (OV)
 - 2.4. Differenzierungs- und Zersetzungsmaßnahmen
 - 2.5. Das abgestimmte Vorgehen mit anderen staatlichen Organen
- II. Fallstudien
 1. Ein Bischof arbeitet für den KGB und wird vom MfS verfolgt:
Der Fall Friedrich-Wilhelm Krummacher (1901–1974)
 2. DDR-Kirchenjuristen als „Inoffizielle Mitarbeiter“ des MfS:
Der Fall Hans-Joachim Weber (1913–1969)
 3. „Geheimnisträger“ auf der Mitarbeiter-Ebene:
IM „Birke“ – die Chefsekretärin Schönherr
 4. Theologische Universitätslehrer als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS:
Einige ausgewählte Fälle
 - 4.1. Die Theologische Fakultät Leipzig
 - 4.2. Die Theologische Fakultät Berlin
 5. Die Wahl des Bischofs der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg im April 1981 als Beispiel für die Beeinflussung kirchlicher Wahlen durch das MfS
 6. Zur Einschätzung kirchenleitender Persönlichkeiten durch das MfS, den Staatssekretär für Kirchenfragen und die SED anhand ausgewählter Beispiele
 7. Ausforschung der westlichen Landeskirchen und der EKD durch das MfS am Beispiel der sog. Ost-Denkschrift
- III. Das Verhalten der Kirchenleitungen gegenüber dem Stasiproblem nach 1989

Vorbemerkungen

Der folgende Beitrag ist zweigeteilt. Im ersten Teil wird das MfS-Interventionssystem und seine Strukturen beschrieben. Dabei mußte zum besseren Verständnis des Ganzen auch bereits Bekanntes nochmals wiederholt werden. Der zweite Teil enthält nach Sachgebieten geordnete Fallstudien, die in dieser Form bislang unbekannt geblieben sind, und die für eine angemessene Einschätzung der Wirkungsweise des MfS auf die Kirchen notwendig erscheinen. Aufgrund des von der Enquete-Kommission gesetzten Zeitrahmens einerseits und der Überlastung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR andererseits¹ war es nicht möglich, alle in Frage kommenden kirchlichen Felder auf die Intervention des MfS hin zu überprüfen. Weitere „Fallstudien“ werden darum notwendig sein. Sie betreffen die Beeinflussung von Synoden, die Rolle der CFK, die Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk u.v.a.m.

I. *Das Interventionssystem und seine Strukturen*²

1. *Grundzüge der SED-Kirchenpolitik*

Auf die Kirchenpolitik des SED-Staates nahmen folgende Einrichtungen Einfluß:

a) Auf Regierungsebene:

bis 1957 das Amt für Kirchenfragen beim Stellvertreter des Ministerpräsidenten und danach der Staatssekretär für Kirchenfragen beim Vorsitzenden des Ministerrates (auf Bezirksebene wurde diese Aufgabe durch die Stellvertreter Inneres, Sektor Kirchenfragen übernommen).

b) Auf Parteiebene:

- die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED,
- der 1. Sekretär bzw. der Generalsekretär des ZK der SED,
- das für Kirchenfragen zuständige Mitglied des Sekretariats des ZK der SED (in der Regel der zweite Mann nach dem Parteichef).

c) Auf MfS-Ebene:

1 Vgl. zur Arbeitssituation in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) der ehemaligen DDR deren ersten Tätigkeitsbericht 1993, bes. 69–73. Siehe auch Klaus-Dietmar Henke, Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, in: VHZ, 1993, 575–587.

2 Vgl. hierzu und zum folgenden G. Besier/St. Wolf (Hgg.), 'Pfarrer, Christen und Katholiken'. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn ²1992; E. Neubert, Vergebung oder Weißwäscherei. Zur Aufarbeitung des Stasipproblems in den Kirchen, Freiburg i.Br. 1993, bes. 49 ff.

- der Leiter der für den sog. gesellschaftlichen Überbau zuständigen Hauptabteilung,
- der entsprechende Ministerstellvertreter,
- der Minister selbst,
- der Chef der Landesverwaltung bzw. Bezirksverwaltung.

Mitarbeiter der sog. „Kirchenlinie“ des MfS wurden teilweise auch in den anderen genannten Dienststellen untergebracht und konnten so Einfluß auf deren Vorgehen im Sinne des MfS nehmen. Beispielsweise wechselte der ehemalige Leiter der BV Leipzig/XX/4 in den Rat des Bezirkes Leipzig zum Sektor Kirchenfragen über. Außerdem besaß das MfS in der Behörde des Staatssekretärs für Kirchenfragen noch Offiziere im besonderen Einsatz (OibE).

Obwohl sie die „führende Rolle“ der SED auch auf dem Felde der Kirchenpolitik akzeptierte, darf der Einfluß der Ost-CDU auf die Geschicke der Kirche nicht unterschätzt werden. Abgesehen davon, daß der CDU-Vorsitzende Otto Nuschke bis 1957 die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“ leitete, hatte die SED der ihr verbündeten Partei Aufgaben zugewiesen, deren Ergebnisse in die Analyse von SED und MfS unmittelbar eingingen. Um Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter und kirchenleitende Persönlichkeiten zu beeinflussen, unternahm die CDU Briefaktionen, fertigte Stimmungsbilder etc. und gab das Material an die Staatspartei und deren Geheimdienst weiter. „Die CDU war somit ... zu einem Informationsbeschaffungs- und Beeinflussungsinstrument der SED und des MfS degeneriert.“³

Da die evangelischen Kirchen auf dem Territorium der SBZ/DDR bis 1969 zugleich Gliedkirchen der 1948 definitiv gegründeten, gesamtdeutschen EKD (und je nach Bekenntnis auch der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche [VELKD] bzw. der Evangelischen Kirche der Union [EKU]) waren, bildeten sie in den Augen der östlichen Machthaber ein beständiges Einfallstor für den „westlichen Imperialismus“. Tatsächlich wußten sich die östlichen Gliedkirchen an die Beschlüsse der EKD gebunden und suchten die enge Beziehung zu den westlichen Schwesterkirchen – über alle Beschwerden hinweg – aufrecht zu halten. Da das Potsdamer Abkommen die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung bot, nahmen die Kirchen außerdem eine gesamtdeutsche Klammerfunktion wahr, deren gesellschaftspolitische Bedeutung kaum überschätzt werden kann.

Ein das künftige Staat-Kirche-Verhältnis stark beeinflussender Vorgang war die wiederholte Brüskierung der SBZ/DDR durch den Berlin-Brandenburgischen Bischof Otto Dibelius, der seit Anfang 1949 gleichzeitig auch den EKD-Ratsvorsitz innehatte. Aus der Perspektive der Herrschenden in der SBZ/

3 M. Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1991, bes. 328–330, Zitat: 329. Zum Ganzen vgl. auch Besier/Wolf (Hgg.), aaO. (Anm. 2), 2 f.

DDR stand er an der Spitze derjenigen kirchlichen Persönlichkeiten, die die positive Entwicklung der SBZ/DDR leugneten und die Regierenden des östlichen Deutschlands verleumdeten. So ließ Dibelius zu Pfingsten 1949 in seiner Kirchenprovinz eine Kanzelabkündigung verlesen, die u. a. die K 5 [die deutsche Vorgängerorganisation des MfS in der SBZ], die politischen Gerichtsurteile und die Wahlmodalitäten in der SBZ anprangerte.⁴

Auch wenn man von einer klaren Konzeption der SED-Kirchenpolitik über 40 Jahre hinweg kaum reden kann, spielten doch wesentliche theoretische Grundgedanken des Marxismus-Leninismus und deren Einfluß auf das staatlich organisierte Bildungs- und Erziehungssystem der DDR eine wichtige Rolle für die Einschätzung der Kirchen und deren praktische Behandlung. Ausgehend etwa von dem marxistisch-leninistischen Theorem einer Dialektik von Basis und Überbau, wonach die materiellen Verhältnisse einer Gesellschaft gegenüber dem ideologischen Überbau die determinierenden sind, erschien Religion als ein für antagonistische Klassengesellschaften typisches Überbauphänomen. Mit dieser Einordnung galt die ideologische Nähe zwischen religiöser und bürgerlicher Weltanschauung als ausgemacht. Da Kirche nach diesem Koordinatensystem als antisozialistische Kraft gewertet werden mußte, durfte sie als politischer Faktor in der DDR-Gesellschaft offiziell gar nicht in Erscheinung treten. Im Vollzug praktischer Politik eröffnete sich dann über die ideologischen Schleifen des gemeinsamen antifaschistischen Widerstandes oder der ebenfalls verbindenden humanistischen Grundanliegen doch die Möglichkeit des „Dialoges“ – freilich stets unter dem Führungsanspruch der SED.

Grundsätzlich suchte die SED in jeder Phase ihrer Kirchenpolitik diese in die gerade geltende gesellschaftspolitische Gesamtstrategie des Staates einzuordnen. „So hatten politische Strategien etwa der rigorosen Durchsetzung sozialistischer Machtverhältnisse in den fünfziger Jahren, der Schaffung einer zunehmend homogenen 'sozialistischen Menschengemeinschaft' in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre oder die etwas mehr auf die innere Widersprüchlichkeit und soziale Differenziertheit eingehende Sozialismus-Konzeption der siebziger bzw. achtziger Jahre immer auch entsprechend modifizierte kirchenpolitische Zielstellungen zur Folge. Dabei blieb es das grundsätzliche kirchenpolitische Ziel der SED, auch die christlichen Bürger in den Aufbau und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft einzubeziehen und die kirchliche Entwicklung so zu beeinflussen, daß die Kirche diesem Ziel nicht im Wege“⁵ stand. Die Vorstellung einer Integration der Kirche als Institution in die sozialistische Gesellschaft blieb dagegen – nicht zuletzt aus ideologischen

4 Text des Hirtenbriefes: W. Dittmann/W.-D. Zimmermann (Hgg.), Otto Dibelius. So habe ich's erlebt. Selbstzeugnisse, Berlin (West) 1980, 265–270. Vgl. auch Besier/Wolf, aaO., 3 f.

5 U. Funk, DDR-Kirchenpolitik zwischen ideologischem Anspruch und politischer Wirklichkeit, Heidelberg 1992, 22.

Gründen – die Zielvorstellung nur ganz weniger. Vielmehr sollte durch eine entsprechende Kirchenpolitik verhindert werden, daß die Kirche zum Ort der politischen Aktivität von Christen und Nichtchristen würde, ja sie sollte nachgerade entpolitisiert werden. Auf der anderen Seite war man bestrebt, bestimmte Bereiche kirchlicher Arbeit – namentlich die Diakonie und das kulturelle Potential der Kirchen – für die „sozialistische“ Gesellschaft insgesamt zu nutzen und zugunsten des Systems politisch-ideologisch auszuwerten. Als Beispiele wären die Bemühungen um die Kultur-Erbe-Rezeption (Lutherjahr 1983)⁶ zu nennen oder der Versuch, die kirchliche Friedensarbeit in den ideologisch geprägten „Friedenskampf“ des Ostblocks zu integrieren.⁷

Durch eine innere Differenzierung kirchlicher Persönlichkeiten und Gruppen auf dem Wege der Einordnung in drei politisch gemeinte Kategorien – „positiv“, „realistisch“ und „reaktionär“ bzw. „feindlich-negativ“ – suchte die SED – in Umsetzung ihrer kirchenpolitischen Maxime –, Verhältnisbestimmungen vorzunehmen, die als Ausgangsbedingungen für das „Gesprächspartnersystem“ zwischen Staat und Kirche große Bedeutung besaßen, aber durchaus als dynamischer Prozeß zu sehen waren: „Unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus“ meinte man auf seiten der kirchlichen „Gesprächspartner“ immer wieder „Lernprozesse“ beobachten zu können, die die ebenfalls notierten „Rückschritte“ weit übertrafen.

2. *Arbeitsweisen des MfS und Aufbau der HA XX/4*⁸

Die Linie XX/4 benutzte die in ihrem Bereich üblichen Arbeitsweisen und spezifizierte sie für das besondere Arbeitsfeld „Kirche“. Mielke ging zwar in seinen Reden fast immer auf das Geschehen in den Kirchen ein; eine zentrale Dienstanweisung blieb seit den 60er Jahren jedoch aus.

Das oft benutzte Wort „operativ“ weist auf die vielfältigen Möglichkeiten hin, die dem MfS zur Verfügung standen, um auch durch sog. „operative Kombinationen“ – einem engen Zusammenwirken mit K1, OibEs, VP und Zoll (die beiden letztgenannten Einrichtungen übernahmen seit 1977 die Exekutive) – Entscheidungen zu beeinflussen, herbeizuführen oder zu verhindern, Menschen zu fördern oder zu hemmen, ohne daß der Betreffende die Zusammenhänge erkennen und schon gar nicht das MfS dahinter vermuten konnte.⁹

6 Vgl. dazu P. Masers Vortrag in Enkenbach am 5.12.1993, erscheint in KZG.

7 Vgl. dazu G. Besier, Kirche unter zwei Diktaturen: Widerstand im NS- und im SED-Regime. Mit Beispielen versehene Anmerkungen zu einem komplexen Thema, in: KZG 6 (1993), 250–256.

8 Zum folgenden vgl. auch Besier/Wolf, aaO., 75. Siehe auch Roland Wiedmann (Bearb.), Die Organisationsstruktur des MfS 1989. Vorläufiger Aufriß nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993 (BStU, Reihe A, Dokumente Nr. 2/93), Berlin 1993, bes. 107 ff.

9 Zur Begrifflichkeit vgl. H. Knabe (Bearb.), Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“ (BStU, Reihe A, Dokumente Nr. 1/93), Berlin 21993.

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, das geheimdienstliche Repertoire für den Bereich der Kirche ein wenig zu explizieren.

Wer einer bestimmten sozialen Schicht angehörte, in bestimmten Gruppen und Gremien mitarbeitete oder sich sonst exponierte, wurde zunächst registriert. D.h. ein Mitarbeiter, der für den betreffenden Bereich im MfS zuständig war, nahm seine Anwesenheit zur Kenntnis. Dies geschah zum einen in sog. Handakten, eigenen Karteien – z. B. der Vorverdichtungs-, Such- und Hinweis- [VSH]-Kartei für OPKs – oder in Vorgängen. Die ersten beiden Arten der Unterlagen waren nach vielfältigen Gesichtspunkten geordnet und hatten die Funktion, in möglichst kurzer Zeit eine Grobeinschätzung der Person zu liefern. Der Schwellenwert für eine Erfassung war u.U. außerordentlich gering; es genügte oft schon, ein Lebensmittelpaket nach Rumänien abgeschickt oder sein Auto in der Nähe des „Kirchentages von unten“ geparkt zu haben. Die Einteilung der Vorgänge – und damit deren Bezeichnungen – änderte sich zwar gelegentlich, aber die zuletzt im MfS gültige Einteilung zeigt die Arbeitsweise deutlich. Wer in einem „Vorgang“ bearbeitet wurde, war für den betreffenden Mitarbeiter in der Abt. XII im MfS „erfaßt“ und konnte nicht ohne weiteres gleichzeitig von anderen „Struktureinheiten“ im MfS bearbeitet werden. Zumindest war für einen solchen Fall die Erlaubnis einzuholen. Nach Beendigung der Bearbeitung wurde der Vorgang im Zentralarchiv des MfS abgelegt.

2.1. *Die Inoffiziellen Mitarbeiter*¹⁰

In der Regel waren die Inoffiziellen Mitarbeiter als IM-Vorgang erfaßt. Hierfür gab es allgemeine Richtlinien, die in regelmäßigen Abständen aktualisiert wurden (RL 1/58, 1/68, 1/79). In den Anfangsjahren des MfS war die Farbe der Karteikarten und Aktendeckel der IM-Akten blau; darum wurde ein IM im Jargon auch oft als „Blauer“ bezeichnet.

Die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) für Auslandsspionage und die HA XX/4 verzichteten allerdings zuweilen darauf, einen IM-Vorgang anzulegen, um die IMs nicht der Gefahr der Dekonspiration auszusetzen.

Für die Entscheidung, IM zu werden, gab es im wesentlichen vier Motivationskomplexe, die freilich auch in gemischter bzw. kombinierter Form auftreten konnten:

- a) IMs aus Überzeugung. Dieser Grund mußte nicht zwingend bedeuten, eine positive Einstellung zur SED zu haben; vielmehr genügte oft eine bestimmte Art von „Realitätssinn“, nämlich das Sich-Abfinden mit einer

¹⁰ Zum folgenden vgl. auch Besier/Wolf, aaO., 75–79; Hansjörg Geiger, *Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Stand der gegenwärtigen Erkenntnisse*. Redigierte Abschrift des Vortrages vom 25.3.1993 in Berlin (vervielfältigt); H. Knabe (Bearb.), *Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Richtlinien, Befehle, Direktiven* (BStU, Reihe A, Dokumente, Nr. 1), 2 Bde, Berlin 1992.

gesellschaftlichen Realität, zu der die Anwesenheit des MfS ebenso selbstverständlich gehörte wie die Blockparteien, die Christlichen Kreise etc.

- b) IMs aus materiellem Interesse. Diese Motivation konnte, gerade auch für Christen und kirchliche Mitarbeiter, in der DDR-Mangelgesellschaft vielfältige Formen annehmen und bei einer bestimmten psychosozialen Disposition auch als Tauschgeschäft angelegt sein. So ging es oft um das eigene Fortkommen, Zulassung zur Oberschule oder Studienplätze für die Kinder, Reisemöglichkeiten, Hilfe bei der Besorgung von Baumaterial, einem Telefonanschluß oder einfach um einen materiellen Zuschuß.
- c) IMs, die erpreßt wurden. Dazu gehörten begangene Straftaten oder irgendeine Information, deren Veröffentlichung den Betroffenen kompromittiert hätte.¹¹ Das hatte freilich den Nachteil, daß ein solches Wissen nach einer bestimmten Zeit ohnehin bekannt wurde oder aber nicht mehr wirksam war.
- d) Eine von den vorgenannten wohl zu unterscheidende Kategorie betraf solche Personen, die im Auftrag ihrer Vorgesetzten den Gesprächskontakt mit dem MfS aufrechterhielten. In diesen, vor allem aus dem katholischen Bereich bekannten, Fällen wird allerdings zu prüfen sein, ob sich die Verbindungen tatsächlich im Rahmen des Auftrags hielten oder ob sie diesen bald überschritten.¹²

Schließlich ist zu erwähnen, daß nach Aussagen einiger MfS-Führungsoffiziere und als IM Registrierter auch ohne Wissen der „Geführten“ eine IM-Akte angelegt wurde, in der dann Aussagen des „IM“, aber auch anderer über ihn und über bestimmte Sachverhalte gesammelt wurden, ohne daß der „IM“ wissentlich irgendwelche Informationen weitergab. Ob es sich dabei um Schutzbehauptungen oder tatsächlich um eine weitere Spielart der MfS-Arbeit handelt, bedarf noch der Klärung.

Seit Beginn der 50er Jahre sammelte das MfS alle Vorgänge, die es ermöglichen, gegen Pfarrer und kirchliche Angestellte Anklage zu erheben. Die Delikte reichten von „Boykotthetze“ über Devisenvergehen bis zu schuldhaft verursachten Unfällen in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung.¹³ 1958 z. B. waren DDR-weit 151 Fälle registriert, davon 107 Geistliche. Nicht in allen Fällen erhob die Staatsanwaltschaft Anklage. Oft wurde nur der

11 Vgl. hierzu z. B. die 1969 geplante Werbung eines katholischen Bischofs, der „intime Beziehungen zu einer verheirateten weiblichen Person“ unterhielt. Der Plan sah vor: „Gegen ihn wird kompromittierendes Material erarbeitet, das für die Werbung ausgenutzt werden soll.“ Abgedruckt in Besier/Wolf, aaO., 278.

12 Vgl. dazu Bernd Schäfer, „Inoffizielle Mitarbeiter“ und „Mitarbeit“. Zur Differenzierung von Kategorien des Ministeriums für Staatssicherheit im Bereich der Katholischen Kirche, in: KZG 6 (1993), 447–466 und Ute Haese, Katholische Kirche in der DDR und MfS, in: DA 27 (1994), 130–140.

13 Vgl. BStU, Berlin, MfS, HA XX/4–563 (1952–1959).

Betreffende und/oder seine Kirchenleitung informiert, um daraus mittelbar oder unmittelbar kirchenpolitisches Kapital zu schlagen.

War jemand schließlich geworben – meistens ging dem ein längerer sog. IM-Vorlauf voraus – und noch nicht am Bestimmungsort, wurde er über die bereits genannte „operative Kombination“ in die das MfS interessierende Umgebung eingeschleust. Durch einseitige Dekonspiration wußte z. B. ein anderer IM, wer noch Inoffizieller Mitarbeiter war und konnte so, etwa bei Gruppeneinteilungen, seine Kollegen gleichmäßig verteilen. Durch Inoffizielle Mitarbeiter wurden andere inoffiziell gewonnene Informationen überprüft und genutzt, so daß sich der IM, z. B. bei Diskussionen, im Vorteil befand oder in Auseinandersetzungen andere kirchenleitende Persönlichkeiten bloßstellen konnte. Mit Hilfe von IMs in Schlüsselpositionen gelang es, bei Ernennungen und Berufungen den Wunschkandidaten in den engeren Kreis aufrücken zu lassen, um später sich selbst oder einen anderen IM in eine Schlüsselfunktion zu bringen. „IM in Schlüsselpositionen in den Kirchen müssen über tatsächliche Entscheidungsbefugnisse auf internationaler und landeskirchlicher Ebene in den Kirchen, ihren Einrichtungen, Werken und Organisationen verfügen.“ Die interessierenden Positionen waren im MfS genau erfaßt. So heißt es beispielsweise in einer 1983 erschienenen Arbeit über die Thüringische Landeskirche: „Aus operativer Sicht erscheinen im LKA die Positionen interessant, durch die Einblicke in die Vermögens- und Finanzlage der Landeskirche gewonnen werden können (Zuwendungen aus der Partnerkirche Württemberg, Verschleierung von Transaktionen u.ä.). Weiterhin erscheinen Stellen bedeutsam, die sich mit Personalangelegenheiten befassen bzw. diese beeinflussen können und Stellen wie die des Persönlichen Referenten des Landesbischofs und des Leiters des Gemeindedienstes.“¹⁴ Da verhältnismäßig viele Inoffizielle Mitarbeiter in den Kirchen Dienst taten und die Arbeit sehr langfristig angelegt war, wirkten viele personelle Konstellationen, von außen betrachtet, als rein zufällig.¹⁵ Hinzu kam in DDR-Kirchenbehörden oft das Problem, daß man Posten neu besetzen mußte, ohne über kompetente Kandidaten zu verfügen; in diesen Fällen wurde jeder Tip als Hilfe empfunden. Dieses Verfahren, IMs einzuschleusen, betraf besonders Juristen und Verwaltungsfachleute, mit denen das MfS grundsätzlich lieber zusammenarbeitete als mit Theologen. Nicht nur die Anwerbung eines IM aus dieser Zielgruppe bereitete in der Regel weniger Mühe als die eines Theologen; jene schienen – in der Wahrnehmung des MfS! – „rationalen“ resp. pragmatischen Argumenten auch eher zugänglich zu sein als diese. Natürlich

14 Artur Hermann, Die Kenntnis der Evangelisch-Luth. Kirche in Thüringen. Voraussetzung für eine wirksame politisch-operative Arbeit, 82.

15 Über absolute Zahlen der im kirchlichen Umfeld tätigen IM gibt es nach wie vor keine zuverlässigen Daten. Nach einer von Helmut Müller-Enbergs verfaßten „IM-Statistik 1985–1989“ (BF informiert 3/1993) beschäftigte das MfS von Januar 1985 bis Oktober 1989 etwa 260.000 Personen als nebenamtliche IM. Über die Verteilung dieser Personen auf die einzelnen Aktionsfelder gibt die Studie keine Auskunft.

arbeiteten IMs auch in den staatlichen Einrichtungen, die mit der Kirche befaßt waren, etwa dem Staatssekretariat für Kirchenfragen. Dort beschäftigte man überdies Offiziere im besonderen Einsatz (OibE). Dabei handelte es sich um hochqualifizierte Stasi-Mitarbeiter mit langer Diensterfahrung, die in Führungspositionen der Ministerien, der Wirtschaft und Kultur einem zivilen Beruf nachgingen und dort im Auftrag des MfS wichtige Entscheidungen treffen bzw. Informationen einholen konnten. Die HA XX/4 verfügte beispielsweise über acht OibE. Davon waren zwei im Ministerium des Innern, das sich mit den kleinen Religionsgemeinschaften beschäftigte, einer beim Staatssekretär für Kirchenfragen und einer im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Bereich Sektionen Theologie, eingesetzt.

Ebenso bestand natürlich die Möglichkeit, daß ein Kandidat nach umfangreicher Aufklärung direkt in seinem Amt geworben wurde.

Man benötigte schon deshalb zahlreiche IMs, um regelmäßig Stimmungsberichte und Einschätzungen zu liefern und, wenn notwendig, unter Anleitung des MfS eine bestimmte Stimmung an der Basis herbeizuführen. 1984 trug Mielke den Kreisdienststellen, die offiziell nicht in die Linienarbeit eingebunden waren, auf, für die „Erweiterung stabiler inoffizieller Positionen in kirchlichen Kreisen“ zu sorgen, also Inoffizielle Mitarbeiter „unter den Mitgliedern der Gemeindekirchenräte, den Angestellten der Kirchen, kirchlichen Laien, Mitgliedern kirchlicher Hauskreise und religiös gebundenen Jugendlichen . . . besonders von Mitgliedern der Jungen Gemeinde und der Studentengemeinden zu schaffen“.

Außerdem wurden – unter dem Gesichtspunkt der Langfristigkeit, der besonderen Mobilität und der vielfältigen Kontakte – zahlreiche Studenten der Theologie geworben. Diese Maßnahme sah z. B. die Dienstanweisung 2/85 zur Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit (PUT) vor. 1983 schlug die HA XX auch eine internationale Zusammenarbeit „bei der inoffiziellen Nutzung des zunehmenden Austausches von Studenten kirchlicher Bildungseinrichtungen zwischen den sozialistischen Ländern“ vor.

Aus dieser Charakteristik geht klar hervor, daß Inoffizielle Mitarbeiter keineswegs nur kleine Spitzel waren. Sie wurden vielmehr aktiv zur Bewältigung bestimmter Aufgaben eingesetzt, die teilweise hohe intellektuelle und konspirative Fähigkeiten voraussetzten. Allerdings durchschaute der IM nicht immer, warum dem MfS an einer bestimmten Operation, die er durchführen sollte, gelegen war.

Wie komplex der Einsatz von IMs war, belegt auch eine „Konzeption zur Erhöhung der Wirksamkeit der CFK . . .“, die 1988 in der BV Rostock/XX/4 erstellt wurde. Folgende Maßnahmen waren vorgesehen:

- „Einsatz des IM . . . zur Organisierung einer Veranstaltung mit leitenden Vertretern der CFK in der Kirchgemeinde

- Einsatz von IM der HA XX/4, die dem Pastorenehepaar konkrete Unterstützung hinsichtlich ihrer Aktivitäten und Bemühungen zur Gründung einer CFK-Gemeindegruppe anbieten. . .
- Einsatz kirchenleitender IM der Abt. XX/4, BV Rostock, zur vorbeugenden Verhinderung jeglicher Handlungen und Maßnahmen, die der Bildung der CFK-Gemeindegruppe entgegenwirken könnten.“

Die Inoffiziellen Mitarbeiter waren in verschiedene Kategorien unterteilt. Es gab „Inoffizielle Mitarbeiter Sicherheit“ (IMS), die vor allem Personeneinschätzungen vornahm und darüber mündlich wie schriftlich Bericht erstatteten. Eine etwas höher eingestufte Gruppe bildeten die „Inoffiziellen Mitarbeiter für besonderen Einsatz“ (IME). Sie hatten die Aufgabe, andere operativ tätige IMs abzudecken und ausgewählte Personen in bestimmte Positionen zu lancieren. Die dritte Kategorie, „Inoffizielle Mitarbeiter Bearbeitung“ (IMB), arbeitete mit „konkreter Feindberührung“ im Bereich der sogenannten „politischen Untergrundtätigkeit“ (PUT) oder der „politisch-ideologischen Diversion“ (PID); sie bewegten sich konzentriert in kirchlichen Kreisen und Basisgruppen und besaßen das Vertrauen derjenigen, die sie bespitzelten. Eine vierte Gruppe bestand aus den „Führungs-Inoffiziellen Mitarbeitern“ (FIM), die gewöhnliche IMs anleiteten und über sie berichteten. Die Kategorie „Inoffizielle Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration“ (IMK) schließlich hatten den konspirativen Charakter der Stasi-Überwachung zu sichern, indem sie konspirative Treffpunkte, Wohnungen, Telefone, Deckadressen etc. zur Verfügung stellten. Die „Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter“ (HIM) gingen keinem zivilen Beruf nach, sondern waren hauptamtlich mit der Führung anderer Informanten beschäftigt. Eine spezielle Gruppe waren die sogenannten „Gesellschaftlichen Mitarbeiter Sicherheit“ (GMS), Vertrauenspersonen des MfS, die z. B. als Kaderleiter für Auskünfte aller Art sowie Personalentscheidungen zur Verfügung standen, selbst aber nicht direkt konspirativ arbeiteten. Dabei handelte es sich meist um Vertreter der „Intelligenz“, die ihre hochrangige Position (Betriebsdirektoren, Hochschullehrer etc.) einer Partei- oder MfS-Intervention verdankten.

2.2 Operative Personenkontrollen (OPK)¹⁶

Die OPK sollte dem MfS über die Einstellung einer Person Klarheit verschaffen, sie kontrollieren bzw. unter Kontrolle halten, ohne daß sie sich zuvor in den Augen des MfS negativ exponiert haben mußte. Dienstliche Grundlagen waren die Richtlinien 1/71 und 1/81. Aus OPKs konnten sowohl Operative Vorgänge (OVs, vgl. 2.3) als auch IM-Vorgänge werden. Wie IMs erhielten auch OPKs Decknamen. Inoffizielle Mitarbeiter, die die betreffende Person

¹⁶ Zum folgenden vgl. auch Besier/Wolf, aaO., 79 f.

einzuschätzen hatten, wurden ebenso in deren Freizeitbereich eingeführt wie an ihrem Arbeitsplatz. Daneben konnten Post- und Telefonkontrolle angeordnet werden, seltener auch der Einbau von „Wanzen“. Alle Bischöfe in der DDR wurden – soweit sie nicht selbst IMs waren – in OPKs erfaßt. Als 1959 in einem – der OPK ähnlichen – Überprüfungsvorgang „ein Pfarrer wegen Hetze gegen die DDR und Argumentation im Sinne der NATO-Konzeption bearbeitet“ wurde, lautete eine der Maßnahmen: „Ein G.M. [entspricht dem späteren IM], welcher sich als westdeutscher Journalist ausgibt, wird den Beschuldigten aufsuchen, unter dem Vorwand der Sammlung von Informationen über 'Christenverfolgung und Kirchenkampf in der DDR'.“

Als die Abt. XX der BV Leipzig 1986 eine OPK zu einem Pfarrer unter dem Decknamen „Turm“ einleitete (die sie 1987 in einen OV umwandelte), heißt es beispielsweise im zusammenfassenden Einleitungsbericht, der der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der BV vorlag: „* besitzt eine feindl. Stellung zur DDR, forciert 'Patenarbeit', kirchl. Hauskreis und Junge Gemeinde, wobei er nur im jeweils 'harten Kern' seine echte Meinung äußert. Nach außen hin gibt er sich loyal und vermeidet Konfrontationen mit den staatl. Organen. Er duldet keinen Widerspruch zu der von ihm vertretenen Linie und hat auf eine Reihe von Personen aktiven negativen Einfluß.“

Um bei hochrangigen IMs die Gefahr der Dekonspiration zu verringern, wurden sie manchmal als OPK geführt.

2.3 Operative Vorgänge (OV)¹⁷

Um einen Operativen Vorgang anzulegen, mußte der begründete Verdacht gegeben sein, eine Person habe bereits strafbare Handlungen begangen oder aber die Absicht, eine solche Tat zu begehen. Die verletzten Paragraphen waren bei der Anlage des OV anzugeben. Der OV konnte in einen Untersuchungsvorgang münden; bis dahin erfuhr der Betreffende in der Regel offiziell nichts von den Aktivitäten des MfS gegen ihn, die denen der OPK entsprachen. Ein OV wurde mit einem Gespräch abgeschlossen, wenn der begründete Verdacht sich nicht bestätigt hatte¹⁸ oder der Betroffene als IM geworben werden konnte.

Aus der Sicht des MfS waren Untersuchungsvorgänge nicht immer politisch opportun und unterlagen darum mitunter äußerster Diskretion. OV-Personen konnten auch in anderen Ländern leben und das Territorium der DDR nie betreten haben. Mancher wurde jahrelang im OV bearbeitet (z. B. Rainer Eppelmann im OV „Blues“)¹⁹. Auch ganze Personengruppen konnten als OV behandelt werden, z. B. der OV „Kreise“. Dieser Vorgang der BV Leipzig

¹⁷ Zum folgenden vgl. auch Besier/Wolf, aaO., 80 f.

¹⁸ Vgl. das Beispiel des Leipziger Theologieprofessors Ernst-Heinz Amberg, BStU, Berlin, MfS XX/4,655.

¹⁹ Vgl. dazu R. Eppelmann, *Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland*, Köln 1993.

beschäftigte sich mit der Aufklärung von Akademikerkreisen; dienstliche Grundlage war die OV-Richtlinie 1/76. Es gab auch Zentrale Operative Vorgänge (ZOV), zu denen mehrere Teilvorgänge geführt wurden, beispielsweise die Bearbeitung der deutschen Zentrale der Wachturngesellschaft in Selters/Taunus im ZOV „Sumpf“. Zum Zwecke der Koordination fand erstmals am 25.3.1965 eine Besprechung der Mitarbeiter der Linie XX/4 statt.

Eine weitere Maßnahme, die insbesondere auf der Kirchenlinie angewandt wurde, war die forcierte Herausgabe bestimmter Literatur, durch die die Linie ihre Anliegen unterstützt sah. Nicht nur für die „Weißenseer Blätter“ des Weißenseer Arbeitskreises, auch für die „Christliche Verantwortung“, einer DDR-Abspaltung der Zeugen Jehovas, setzte sich das MfS bei der Druckgenehmigung ein. Weiterhin druckte man auch Bücher im Eigenverlag nach und brachte sie unters Volk. So wurde der Bericht des aus dem obersten Leitungsgremium der Wachturngesellschaft – ihrer leitenden Körperschaft – ausgeschiedenen Raymond Franz durch das MfS in 1000 Exemplaren nachgedruckt, weil man hoffte, durch die Verbreitung der Schrift unter den Zeugen Jehovas Zweifel an ihrer Lehre zu säen.

2.4 Differenzierungs- und Zersetzungsmaßnahmen²⁰

Die OV-Richtlinie forderte unter dem Punkt 2.6. die Durchführung sog. Zersetzungsmaßnahmen – eine besonders heimtückische Maßnahme, bei der die bearbeiteten Personen an den vom MfS mißbilligten Aktivitäten gehindert und isoliert werden sollten, indem Streit in Gruppen getragen, berufliche Mißerfolge organisiert und die Leute in ihrer Mobilität eingeschränkt wurden.²¹ In einer Zusammenfassung der BV Leipzig/AKG heißt es zu einem OV im II. Quartal 1989: „Dokumentierung/Zusammenführung aller offiziell auswertbaren Faktoren zur Diskreditierung des * und anderer PUT-Exponenten.“ Teilweise mußten selbst die Ehepartner damit rechnen, zu einem OV zuregistriert, d. h. in gleicher Weise bearbeitet zu werden.

In den 80er Jahren galten nach einem MfS-Katalog folgende Maßnahmen als „politisch-operativ“: „Diskreditierung, Kompromittierung, Bloßstellung, Basisentzug vor Ort, innerkirchliche Auseinandersetzungen, Entlarvung ihrer Zusammenarbeit mit anderen feindlich-negativen Kräften.“

Teilweise außerhalb der Vorgangsarbeit liefen die sog. Differenzierungsprozesse. So sah die Zentrale Planvorgabe von 1976 vor, im Rahmen von „politisch-operativen Differenzierungs- und Zersetzungsmaßnahmen seitens der HA XX und der BV/V die Zurückdrängung bekannter reaktionärer Persönlichkeiten und Gruppierungen zu verstärken“. Nach Einschätzung des

²⁰ Zum folgenden vgl. auch Besier/Wolf, aaO., 81–83.

²¹ Vgl. hierzu M. Beleites, Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz, Berlin 1991.

MfS gestattete es das Grundlagengespräch vom 6.3.1978, „zwischen Feinden, mißbrauchten und irregeleiteten Personen und realistischen/loyalen Kräften ... zu unterscheiden, ... und den Differenzierungsprozeß ... voranzutreiben“. Meinungsverschiedenheiten wurden selbst zwischen Landeskirchen organisiert, wie etwa zwischen der pommerschen und der mecklenburgischen. So sah es jedenfalls ein Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung der SED Rostock vom 21.6.1988 vor.

Differenzierungsprozesse wurden – u. a. mit Hilfe der CFK – bis in internationale Gremien hineingetragen. Nach dem 1986 verabschiedeten „Plan für die Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung XX des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und der V. Verwaltung des Komitees für Staatssicherheit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für den Zeitraum 1986–1990“ beabsichtigte man darüber hinaus eine „Verstärkung der inoffiziellen Einflußnahme auf die Besetzung leitender Funktionen sowie die inhaltliche Ausrichtung der Tätigkeit und von Veranstaltungen internationaler kirchlicher Gremien auf der Grundlage der multilateral abgestimmten Linie mit den Schwerpunkten 'Ökumenischer Rat der Kirchen', 'Lutherischer Weltbund', 'Konferenz Europäischer Kirchen', 'Ökumenischer Jugendrat Europas'“. Folgerichtig forderte der Leiter der Leipziger Bezirksverwaltung für Staatssicherheit der Abteilung XX in seinem Jahresplan für 1989: „Angesichts operativ zu beachtender Wirkungsmöglichkeiten im Ausland ist die Einflußnahme auf kirchliche Reisekader und deren Mitarbeit in internationalen Gremien zu erhöhen. Schwerpunkt bildet die Einflußnahme auf die Auswahl geeigneter Vertreter der Kirchen der DDR für die 'Europäische Versammlung' der Konferenz Europäischer Kirchen (15.-21.5.1989 Basel/Schweiz) in Vorbereitung der ökumenischen Weltversammlung 1990.“

Einzelne Personen bzw. ganze Gruppierungen, die man für Differenzierungsprozesse einsetzen wollte, konnten mit einer umfassenden Vorbereitung durch das MfS rechnen: „Mit dem Ziel der weiteren Differenzierung und Polarisierung der Kräfte um das sog. Friedensseminar 'Konkret für den Frieden' sind die progressiv aufgetretenen Kräfte weiter zu unterstützen und gezielt und langfristig auf derartige bzw. analoge Veranstaltungen vorzubereiten und entsprechend zu befähigen.“

Nach Einschätzung eines Mitarbeiters der HA XX/4 selbst erschienen dem MfS Zersetzungsmaßnahmen notwendig, „um das sich weiter positiv entwickelnde Verhältnis Staat-Kirche nicht durch unnötige strafprozessuale Maßnahmen zu stören und vermeidbare Spannungen zu erzeugen“. Andererseits wurden strafprozessuale Maßnahmen gezielt eingesetzt, um „die Prozesse der Zersetzung, Isolierung und Diskreditierung“ zu fördern. Dazu eigneten „sich z. B. Zuführungen, Befragungs- und Zeugenvernehmungen, mit denen der Eindruck einer Anwerbung oder des 'Verrates' erzeugt werden kann. Auch

das Absehen von strafrechtlichen Verantwortlichkeiten bzw. die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens kann geeignet sein, die feindlich-negativen Kräfte zu verunsichern.“

Mit Hilfe einer vorbereiteten „Gesprächspolitik“ sollten Disziplinierungen möglichst innerkirchlich vorgenommen werden; die in diesen „Gesprächen“ gegebenen „Empfehlungen“ reichten bis hin zu ultimativen Forderungen bzw. Drohungen: Es „wurde unmißverständlich . . . erklärt, daß bei Nichteinhaltung der staatlichen Auflagen keine Gesprächsbereitschaft zur weiteren Vorbereitung des im Jahre 1989 geplanten Kirchentages in Leipzig erwartet werden kann“.

2.5 *Das abgestimmte Vorgehen mit anderen staatlichen Organen*

Bereits die Dienstanweisung 6/52 enthielt die Aufforderung, zu folgenden Organisationen „offizielle Verbindung zu halten: Landes- und Kreisleitungen der Sozialistischen Einheitspartei, dem Friedenskomitee, der Nationalen Front, FDJ-Org.-Leiter, sowie Kreis- und Bezirksräten, wo eine Stelle für Kirchenfragen vorhanden ist. Abteilung PM bei der Volkspolizei.“

Das MfS pflegte nahezu mit allen Einrichtungen und staatlichen Organen Kontakte bzw. wies sie in spezifische, der Staatssicherheit dienende Aufgaben ein:

- Die *Transportpolizei* hatte die Anreise mißliebiger Bürger zu überregionalen Veranstaltungen zu verhindern (die Namen der zu Behindernden lieferte teilweise das MfS).
- Der *HA Kriminalpolizei*, insbesondere ihre Arbeitsrichtung I, der sog. K 1, war mit der Richtlinie 00202/82 seit 1982 „die differenzierte kriminalpolizeilich-operative Bearbeitung von Personen und Personengruppen in Religionsgemeinschaften und Vereinigungen“ aufgetragen. Die Polizei hatte natürlich auch die Ordnungsstrafverfahren durchzuführen, beispielsweise bei Verstößen gegen die Vervielfältigungsordnung, sofern es im Interesse des MfS lag.
- *Schuldirektoren* lieferten die Namen kirchlich gebundener Eltern und Schüler.
- Sog. *gesellschaftliche Kräfte* (hauptamtliche Mitarbeiter von SED und FDJ, Kursanten der Parteischulen u.v.a.m.) unterwanderten kirchliche Gruppen, Diskussionsrunden, Friedensgebete etc., um sie in ihrer Wirksamkeit zu beeinträchtigen.
- Ebenso kooperierte das MfS mit dem *Staatssekretär für Kirchenfragen* und den *Sektorenleitern in den Räten der Bezirke und Kreise*, die sich ihre Gesprächskonzeptionen für die Unterhaltung mit kirchlichen Amtsträgern teilweise sogar vom MfS ausarbeiten ließen. Von deren Aktennotizen über

die Gespräche mit den Vertretern der Kirche bekam das MfS wiederum einen Durchschlag.

Die genannten Einrichtungen stellten dem MfS auch ihre Speicher zur Verfügung, wie die Speichernutzungsordnung von 1989 zeigt. Neben der genannten Zusammenarbeit auf gesellschaftlicher Ebene lieferte das MfS auch von ihm erarbeitetes Material an die DDR-Medien. So unterstützte die HA XX/4 beispielsweise die Erarbeitung einer Dokumentation über die Wachturmgesellschaft, die im Urania-Verlag erschien (vgl. oben). Dieser Verlag war damit betraut, „zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“ beizutragen.

Im MfS liefen die Informationen aller mit der Kirche befaßten Dienststellen zusammen. Der Geheimdienst wußte das meiste genauer und früher als die anderen Behörden. Das galt auch für Gesprächsprotokolle, die etwa im Staatssekretariat für Kirchenfragen angefertigt worden waren. So heißt es beispielsweise in einem erläuternden Aktenvermerk des Leiters der HA XX/4, Joachim Wiegand (geb. 1932), an seinen Vorgesetzten Paul Kienberg (geb. 1926), Leiter der HA XX, vom 15.4.1982, der einer „Information“ des Abteilungsleiters im Staatssekretariat, Wilke, über ein Gespräch mit Forck beigegeben war: „Es handelt sich um den Entwurf. Genosse Gysi weiß nicht, daß wir ihn bereits besitzen.“²²

Über offizielle Gespräche, etwa zwischen dem der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR und Staatssekretär Gysi am 7.4.1982, fertigte auch das MfS Protokolle an. Ein internes konnte man an die anderen Dienststellen nicht weitergeben, weil darin geschildert wurde, wie in einer kurzen Konferenzpause die kirchlichen Mitglieder vereinbarten, einen schon vor dem Gespräch vorbereiteten, schriftlichen Protest dem Staatssekretär nun doch nicht auszuhändigen. Wiegands Kommentar: „Die Information kann wegen Quellengefährdung offiziell nicht ausgewertet werden.“²³ Mit anderen Worten: Zumindest einer der fünfundzwanzig kirchlichen Teilnehmer hatte die Information – wissentlich oder unwissentlich – an das MfS gegeben. Der Geheimdienst wiederum reichte die Information nicht an die anderen staatlichen Stellen weiter. Dieses Beispiel zeigt, wie kirchliche Mitarbeiter und MfS-Offiziere nicht nur an der Kirche, sondern auch an den zuständigen „Organen“ des Staates vorbei konspirativ tätig wurden.

Weiterhin fertigte das MfS Gesprächskonzeptionen an, die der Staatssekretär für Kirchenfragen bei der Durchführung dieser Gespräche zu beachten hatte.²⁴

22 Wiegand an Kienberg mit Anlage vom 15.4.1982, BStU, Berlin, MfS/HA XX/4, 114, 115. Vgl. einen analogen Vorgang, aaO., 145.

23 AaO., 47.

24 AaO., 210; 211–213.

II. Fallstudien

1. *Ein Bischof arbeitet für den KGB und wird vom MfS verfolgt: Der Fall Friedrich-Wilhelm Krummacher (1901–1974)*

Nach erfolgreichem Studium, theologischer Promotion in Tübingen und Pfarramt in Berlin und Essen, kletterte der aus einer alten Theologenfamilie stammende Krummacher schnell die kirchliche Erfolgsleiter hinauf. Der ebenso intelligente wie konservative Lutheraner paßte in das Bild der Zeit. Von unzweifelhaft nationalprotestantischer, aber auch christlich-sozialer Gesinnung und in voller Sympathie für die Sache der NSDAP – 1933 trat er in die Partei ein – avancierte Krummacher schließlich Mitte der 30er Jahre zum Oberkonsistorialrat im Kirchlichen Außenamt der offiziellen Deutschen Evangelischen Kirche (DEK). Sein Ressort dort war das Personalreferat. Außerdem trug er die Verantwortung für die ökumenischen Beziehungen der DEK. Dabei wurde er seit 1936 von seinem Mitarbeiter Eugen Gerstenmaier²⁵, dem späteren Bundestagspräsidenten, unterstützt. Als Krummacher 1939, gleich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, Divisionspfarrer wurde, übernahm Gerstenmaier im Kirchlichen Außenamt seine Vertretung. Mit dem Divisionskommandeur verbanden Krummacher verwandtschaftliche Bande. In seinen Feldpredigten wie in einer 50 Seiten umfassenden, vervielfältigten Schrift „Evangelium für deutsche Männer“ bewegte sich der Militärggeistliche ganz auf der Traditionslinie deutsch-nationaler Kriegstheologie, durchaus verbunden mit einem seelsorgerlichen Anliegen für die Soldaten.

Am 9. November 1943 geriet Krummacher in Kriegsgefangenschaft. Vierzehn Tage später erlebte der Kriegsgefangene als Augenzeuge die Öffnung der jüdischen Massengräber in Babi Jar bei Kiew.²⁶ Er wurde mit dem deutschen Massaker an russischen Frauen, Kindern und Greisen konfrontiert – für den Nationalkonservativen eine „moralische Katastrophe“²⁷. Bei seinem Weitermarsch durch die von Deutschen geschaffene „Todeszone“ in der Ukraine mußte er erkennen, daß die Wehrmacht keinen „gerechten“, sondern einen „entarteten“ Krieg geführt hatte.²⁸ Sieben Monate später nahm er als Gast an einer Konferenz im Antifa-Lager 20 in Lunowo teil.²⁹ Im Unterschied zu ihm lehnten die meisten dort versammelten Wehrmachtspfarrer eine Zusammenarbeit mit den Sowjets ab, das Offizierskorps des Lagers 20

25 Vgl. dazu E. Gerstenmaier, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1981, bes. 75; 78; 82; 120. Gerstenmaier schildert Krummacher als „Institutionalisten“ (aaO., 78).

26 Krummachers Bericht über seine Eindrücke in Babi Jar ist in einem handschriftlichen Briefkonzept von ihm an Emil Ohly (Schweden) vom 5.2.1944 enthalten, BStU, Berlin, MfS AP 11319/92, 49–59.

27 So Fr. W. Krummacher, *Ich war Augenzeuge*, in: ders., *Ruf zur Entscheidung. Predigten, Ansprachen, Aufsätze*, Berlin 1965, 76–84, Zitat: 77.

28 AaO.

29 Handschriftliche Aufzeichnung Krummachers vom 15.6.1944, BStU, Berlin, MfS AP 11319/92, 46 f.

begegnete den „Gästen“ überdies voller Mißtrauen und Skepsis. Anfang 1944 schloß sich Krummacher dann dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD) an, besuchte Antifa-Kurse und hielt schließlich in Antifa-Lagern Vorträge über die Deutsche Evangelische Kirche. Mitte Juni 1944 organisierte er im Rahmen des NKFD eine Konferenz evangelischer und katholischer Geistlicher. Das Ergebnis war ein „Aufruf an die Christen an der Front und in der Heimat“ sowie ein aufrüttelndes Schreiben an die evangelischen Landesbischöfe und Kirchenführer in der Heimat. Krummacher schrieb für die Sowjets auch Berichte. Doch diese heben sich wohltuend von dem ab, was wir aus den IM-Akten des MfS kennen. Es handelte sich im wesentlichen um einen „Who is Who“ der evangelischen Kirche, der über Personen und Strukturen der Institution Auskunft gab. Kein negatives Wort fiel über die Brüder in der Heimat. Über den hannoverschen Landesbischof August Marahrens, einen Bischof, der sich durchaus mit dem NS-Regime arrangiert hatte, heißt es beispielsweise:

„... seine Landeskirche ist kirchlich besonders lebendig u. steht geschlossen hinter ihm. Er ist führend im 'Lutherischen Rat' (dem gemäßigten Teil der 'Bekennenden Kirche'). Angesehen im *ganzen* deutschen Protestantismus. Außerdem Vorsitzender des Kirchlichen Ausschusses der 'Landeskirchenkonferenz'. Er ist Präsident des internationalen 'Lutherischen Welt-Konvents' u. daher besonders in den lutherischen Kirchen Amerikas u. Skandinaviens hochgeachtet. Er bemüht sich sehr um Einigung aller kirchlichen Kräfte. Eine charaktvolle Persönlichkeit, langsam in seinen Entschließungen, wie alle niedersächsischen Männer, aber dafür sehr zuverlässig und klar in seinen Schritten für Kirche und Volk.“³⁰

Der Persönliche Referent des hannoverschen Landesbischofs hätte ihn kaum positiver darstellen können.

Krummacher schrieb aus dem Lager auch Briefe an einen schwedischen Pfarrer, den er aus der Vorkriegszeit gut kannte. In einem Brief vom 5. Februar 1944 hob er hervor, „wie planmäßig und großzügig die sowjetische Führung die Maßnahmen getroffen hat, um die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland gesund, arbeitsfähig und kräftig bis zur Rückkehr in die Heimat zu erhalten. Und ich persönlich kann nur mit Dank anerkennen, daß man alles tut, mir mein Los als Gefangener in gesundheitlicher und in menschlicher Hinsicht so sehr zu erleichtern, wie ich es gerade als Militärpfarrer nie erwartet hätte. Obwohl, wie Sie wissen, die Rote Armee keine Wehrmachtsseelsorge hat, habe ich in meiner Eigenschaft als Divisionspfarrer nicht etwa Mißachtung oder Spott, sondern nur Achtung und eine meinem Offiziersrang entsprechende würdige Behandlung erfahren.“³¹

30 BStU, Berlin, MfS 11319/92, 3 f.

31 Briefkonzept vom 5.2.1944, aaO., 49 f. Vgl. auch sein Briefkonzept an Ohly vom 27.6.1944, aaO., 65–68.

Er berichtete dem schwedischen Kollegen über die von Deutschen begangenen Kriegs-Greuel und bat ihn darum, das Gesagte kirchenleitenden Persönlichkeiten der DEK weiterzugeben.

Darüber hinaus gab Krummacher den Sowjets Ratschläge, wie sich die Rote Armee nach der Besetzung Deutschlands gegenüber den Kirchen verhalten solle. Er schlug vor, eine Erklärung abzugeben, daß das kirchliche Leben ungehindert weitergehen könne, um beruhigend auf diese Kreise zu wirken. Seine Motive gab er offen an: Das Bild von der UdSSR solle in Deutschland und in den deutschen Kirchen zum Positiven hin korrigiert werden.

1945 entließen die Sowjets Krummacher aus der Kriegsgefangenschaft. „Wir können ihn in Berlin gebrauchen für die Arbeit in der protestantischen Kirche“, schrieb der Lagerkommandant.³² Die Berlin-Brandenburgische Kirche setzte ihn zunächst als Pfarrer in Berlin-Weißensee und Superintendent von Berlin-Land ein. Bereits 1946 wurde Krummacher zum Generalsuperintendenten des Sprengels 2 (Berlin-Ost) befördert.³³ Am 1. April 1946 unterzeichnete er eine eigenhändig niedergeschriebene Erklärung, in der er sich „zur Geheimhaltung alles dessen“ verpflichtete, „was mir durch meine besondere Verbindung mit der Sowjetbehörde zur Kenntnis kommt“³⁴. Für seine Mitarbeit erhielt er auch Operativ-Geld.³⁵

Im DDR-Ministerium für Staatssicherheit rätselte man später darüber, wie es Krummacher nach der biographischen Wendung – dem Beitritt zum NKFD – noch gelingen konnte, in der nach wie vor nationalpatriotisch gestimmten Kirche weiter zu reüssieren. Die MfS-Offiziere vermuteten, man habe Krummacher wieder aufgenommen, weil er „gegenüber reaktionären Kräften in der Kirche eine umfangreiche Beichte über alle Erlebnisse in der Sowjetunion abgelegt habe und rückhaltlos gegenüber diesen Kreisen berichtete“.³⁶ In einem anderen MfS-Bericht heißt es: „Eine eingeweihte kirchliche Persönlichkeit erklärte über diese Zeit der Tätigkeit Krummachers, daß Krummacher alle seine Handlungen nach 1945 mit Bischof Dibelius und dessen engsten Mitarbeitern abgesprochen hat.“³⁷ Nach einer dritten MfS-Einschätzung erklärte man sich Krummachers vermeintliche Wandlung so: „Während der Zeit von 1945–1947 verhielt er sich den damaligen Verhältnissen der sowjetischen Besatzungszone gegenüber loyal. Unter dem Einfluß von Bischof Dibelius entwickelte er sich nach und nach zu einem Gegner unserer demokratischen Ordnung.“³⁸

32 Vgl. G. Besier, *Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*, München 1993, 25 f.

33 BStU, Berlin, AP 11422/92, 2 ff.

34 Handschriftliche Verpflichtungserklärung: BStU, Berlin, AP 11319/92, 1.

35 Handschriftliche Bescheinigung vom 20.10.1948: BStU, Berlin, AP 11319/92, 2.

36 Auskunftsbericht, BStU, Berlin, MfS, AP 11422/92, 6.

37 AaO., 8.

38 MfS-Bericht o.O., o.D., BStU, Berlin, MfS AP 11321/92, 70.

1952 brachen die Sowjets den Kontakt zu Krummacher ab. Im Abschlußbericht der Russen heißt es: „Krummacher belieferte uns mit Informationen über die Lage in der evangelischen Kirche, die für uns unbedeutend waren und drückte sich vor Beschaffung politischer Informationen. Anhand der Analyse seines Verhaltens sind wir zu Schlußfolgerungen gekommen, daß er unter dem Mantel einer ausgeprägten Loyalität in der Wirklichkeit nicht gewissenhaft zu unserer Zusammenarbeit stand. In Gesprächen erklärte er unseren Mitarbeitern gegenüber, daß er unsere politischen Prinzipien nicht teilt und die Politik der DDR-Regierung verurteilt. Darüber hinaus bemühte er sich seit 1952, unsere Verbindung zu ihm zu rein offiziellen Beziehungen zu führen. Aus diesem Grunde wurde am 6. November 1952 die Verbindung zu Krummacher abgebrochen. Unser Mitarbeiter traf sich mit ihm am 27. Juni 1953. Bei dieser Gelegenheit überreichte Krummacher ein von ihm geschriebenes Dokument über die 'Ursachen der gegenwärtigen Krisis', in dem er seine Unzufriedenheit mit der politischen Linie der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in einer scharfen Form zum Ausdruck brachte.“³⁹

Neben einer in der Tat vernichtenden Analyse der rundum verfehlten SED-Politik, die er als entscheidende Ursache für den Aufstand vom 17. Juni bezeichnete, schrieb Krummacher freilich auch: „Die Evangelische Kirche hat alles getan, um eine politische Verschärfung der Gegensätze zu mildern. . . Bischöfe und andere leitende Geistliche haben sich in den letzten zehn Tagen, wo sie konnten, für Ruhe und Ordnung eingesetzt, weil es der Evangelischen Kirche ein großes Anliegen ist, daß die Menschen vor Unfrieden und Chaos bewahrt bleiben.“⁴⁰

Von Februar 1957 an versuchte das MfS in mehreren Anläufen, Krummacher, seit 1955 Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche, zur Zusammenarbeit zu gewinnen.⁴¹ Aus den Protokollen der MfS-Offiziere geht hervor, daß sich Krummacher in den Anwerbungsgesprächen so negativ über das SED-Regime und vor allem über die Behandlung der Kirche durch die Diktatur äußerte, daß an eine Zusammenarbeit gar nicht zu denken war. Es blieb den MfS-Offizieren schließlich nur die Erklärung, Krummacher sei 1944 allein aus opportunistischen Gründen dem NKFD beigetreten, nicht aus innerer Überzeugung. Doch damit konnten sie nicht erklären, warum der Bischof unter dem Druck des SED-Regimes nicht nachgab – was ein Opportunist fraglos getan hätte.

Auf kirchlicher Seite genoß Krummacher das ungeteilte Vertrauen aller Kirchenleitungen im östlichen Deutschland – mit Ausnahme der Thüringer

39 Sowjetischer Bericht o.O., o.D. mit handschriftlichem Vermerk: „Gen. Oberst Schröder persönlich“, BStU, Berlin, MfS AP 11319/92, 62–64, Zitat: 63 f.

40 BStU, Berlin, MfS AP 11319/92, 36–43, Zitat: 41.

41 Vgl. MfS-Treffberichte mit Krummacher am 4.2.1957; 7.7.1957 und 25.1.1958, BStU, Berlin, MfS AP 11422/92, 75–87.

Landeskirche.⁴² Bischof Dibelius, als dessen Nachfolger für alle Ämter er stets im Gespräch war, förderte ihn, wo er nur konnte. So galt Krummacher 1960, nach Dibelius' Rücktritt vom Vorsitz der Ostbischöflichen Konferenz, als der Favorit des Berliner Bischofs. 1961 machte sich Dibelius für Krummacher als Ratsvorsitzenden stark, doch dieser lehnte nach kurzem Überlegen eine Kandidatur ab. Für die Richtigkeit eines MfS-Berichtes vom 18. Januar 1955, wonach Dibelius seinen Generalsuperintendenten nach Greifswald weggelobt habe, um ihn als Konkurrenten in Berlin loszusein, gibt es keine weiteren Anhaltspunkte.⁴³

Da sich Krummacher nach Dibelius zur wichtigsten kirchenleitenden Persönlichkeit im östlichen Deutschland entwickelte und aufgrund seiner Vorgeschichte günstige Ausgangsbedingungen für eine engere Kooperation mit dem SED-Regime mitzubringen schien, ließ das MfS nicht locker. Es umstellte den Greifswalder Bischof mit nicht weniger als dreizehn „Geheimen Mitarbeitern“, unter anderem einem im Greifswalder Konsistorium tätigen Kirchenjuristen – Hans-Joachim Weber (s.u.). Krummachers Telefon wurde abgehört, Briefe an ihn wurden abgefangen, vernichtet oder fotografiert. Er konnte keinen unbewachten Schritt mehr tun. Als sich der Greifswalder Bischof weder durch Versprechungen noch durch Repressalien umstimmen ließ, griff das MfS zu härteren Maßnahmen. Man kramte – wie im Falle Gerstenmaier⁴⁴, Kiesinger⁴⁵, Filbinger⁴⁶ und anderen – in Krummachers Vorgeschichte, befragte Zeitzeugen und stellte Dokumente über seine Wirksamkeit während des „Dritten Reiches“ zusammen. Besonders hämisch und übelwollend fiel der Bericht seines Wehrmachts-Fahrers aus, der ihn der feigen Flucht aus dem Kessel von Kiew bezichtigte.⁴⁷

Im Februar 1962, also ein halbes Jahr nach dem Mauerbau und gleichzeitig mit der Bildung einer eigenen Geschäftsstelle der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, beschloß das ZK der SED, Krummacher aufgrund des gegen ihn gesammelten Materials zur Zusammenarbeit zu erpressen oder ihn zum Rücktritt vom Vorsitz der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen zu zwingen. In Gegenwart seines schärfsten Widersachers, dem seit 1957 mit dem SED-Regime eng kooperierenden Thüringer Landesbischof Moritz Mitzenheim, führten hohe SED-Funktionäre Mitte März

42 Vgl. zur Thüringer Landeskirche W. Schilling u. a. (Hgg.), Die „andere“ Geschichte, Erfurt 1993. Die Arbeit enthält u. a. die bis Februar 1993 bekanntgewordenen Decknamen von IMs der Thüringer Landeskirche.

43 Notiz Schönborn vom 18.1.1955, BStU, Berlin, MfS AP 11322/92, 127.

44 Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten. Die Karriere des Eugen Gerstenmaier. Ein Dokumentarbericht, Berlin (Ost), o.O., o.J.

45 Vgl. Vom Ribbentrop-Ministerium ins Amt des Bundeskanzlers. Dokumentation in Sachen Kiesinger, hg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin (Ost) ²1968.

46 Vgl. Hans Filbinger, Die geschmähete Generation. Politische Erinnerungen, München ²1994, XXX.

47 Bericht Riedel vom 30.4.1961, BStU, Berlin, MfS AP 10668, 96 f.

ein „Gespräch“ mit Krummacher.⁴⁸ In Wahrheit handelte es sich um ein Tribunal. Das Politbüromitglied Willi Stoph und andere warfen ihm vor, er habe als Wehrmachtsgeistlicher den „faschistischen Raubkrieg“ verherrlicht, gaben „entsetzt“ und „angeekelt“ „Leseproben“ zum Besten und stellten ihn vor die Alternative: tätige Reue oder Rücktritt.

Einen Tag nach dieser „Aussprache“ berief Krummacher in Berlin eine Bischofskonferenz ein und stellte die Vertrauensfrage in bezug auf seine Person und seine Stellung als Vorsitzender der Bischofskonferenz. Mit Ausnahme von Mitzenheim sprachen ihm die Bischöfe ihr Vertrauen aus. „Mitzenheim forderte in diesem Zusammenhang von K., daß er volle Klarheit über seine Vergangenheit schafft, insbes. über seine Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt während der Nazizeit und im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für die Gestapo.“⁴⁹ Fest entschlossen, den Greifswalder Bischof zu stürzen und – im Benehmen mit dem Staat – selbst den Vorsitz in der Konferenz der Kirchenleitungen zu übernehmen, berief Mitzenheim eine weitere Bischofskonferenz ein. In der MfS-Einzelinformation 162/62 heißt es dazu:

„Dabei trägt er [Mitzenheim] sich mit der Absicht, die Bischöfe der DDR aufzufordern, zu dem Verhalten und zu der Vergangenheit von Bischof Krummacher Stellung zu nehmen. Dadurch will er erreichen, daß sich die Bischöfe vom Verhalten Bischof Krummachers distanzieren und er gezwungen wird, sein Amt als Vorsitzender der Bischofskonferenz niederzulegen. Bischof Mitzenheim schätzt seine Absicht als äußerst schwierig ein, da Bischof Krummacher bereits mit den anderen Bischöfen Aussprachen geführt hat, so daß zu erwarten ist, daß sie versuchen werden, Bischof Krummacher ihr Vertrauen auszusprechen. Bischof Mitzenheim bittet deshalb, ihm die Unterlagen über die faschistische Vergangenheit des K. zur Auswertung auf dieser Konferenz zur Verfügung zu stellen. Vom MfS wurden zu diesem Zweck die entsprechenden Dokumente dem Gen. Barth [Leiter der Abt. Kirchenfragen beim ZK der SED] übergeben.“⁵⁰

Doch die Intrige schlug fehl. Krummacher wurde im Juli 1962 und auch in den folgenden Jahren immer wieder zum Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR gewählt. Sein bisheriger Stellvertreter, Mitzenheim, erschien erst gar nicht mehr zu den 62er Wahlen und wurde durch den sächsischen Bischof Noth im stellvertretenden Vorsitz abgelöst.

Vor den Wahlen soll Krummacher im engsten Kreis seiner Mitarbeiter, nach dem Bericht eines Anwesenden, der auch dem MfS zuarbeitete, gesagt haben:

48 Vgl. dazu G. Besier, *Der SED-Staat und die Kirche*, aaO., 498 ff.

49 Vgl. Einzelinformation 162/62, BStU, Berlin, MfS AP 10667/92, 131–134; Zitat: 132.

50 AaO., 134.

„Ich befinde mich gegenwärtig in einer peinlichen Lage, da mir am 12.3.1962 bei der Unterredung mit . . . Stoph auch Vorhaltungen gemacht worden sind, daß ich Verbindung zur Gestapo hatte und entsprechendes Material evtl. veröffentlicht wird, wenn ich mein Verhalten gegenüber der Regierung nicht ändere. Obwohl ich nur ein Schreiben über einen Pfarrer, der nach Spanien versetzt wurde, der Gestapo zusandte, gerade so, wie ich heute ein Schreiben an das MdI senden würde, ist mir die ganze Angelegenheit peinlich und ich werde in Zukunft 'fortschrittlicher' auftreten. Ich bin gegenwärtig auch nicht an einer Wiederwahl als Leitender Bischof interessiert. Ich werde daher den Vorschlag machen, daß sich die Bischöfe Noth, Dresden, und Jänicke, Magdeburg, die Posten teilen sollen. Dann bin ich nicht mehr der Sturmbock, und Mitzenheim wird auch nicht gewählt.“⁵¹

Die Krummacher-fremde Diktion wie die Darstellung des Vorgangs um einen Auslandspfarrer des Fliedner-Werkes in Spanien können nicht dem wirklichen Hergang des Gesprächs „im engsten Kreis“ entsprochen haben. Vermutlich sollte diese Lesart so etwas wie ein halbes Schuldeingeständnis des Greifswalder Bischofs im Blick auf die angebliche Gestapo-Kollaboration darstellen.

Es kam – wie oben geschildert – anders. Krummacher, solange es irgend ging immer auch Kirchendiplomat, schrieb am 10. Oktober 1962 einen Brief an seinen Peiniger Willi Stoph, in dem er beteuert, „seit der Gründung der DDR 1949 stets für die Bejahung des Staates und der Regierung der DDR als der uns gesetzten Obrigkeit“ eingetreten zu sein. Es sei immer nur seine Absicht gewesen, „auf den durch das Kommuniké vom 21.7.1958 gegebenen Eiden des Vertrauens und in Anknüpfung an dessen letzten Satz freimütig und vertrauensvoll die Fragen der Kirche vor unserer Obrigkeit darzulegen“⁵².

Doch es gelang ihm durch solche bloß verbalen Bekundungen seiner Loyalität nun nicht mehr, die Duldung durch die Diktatur zu erwirken. Deren „Organe“ schlugen im Laufe der nächsten Jahre immer wieder zu. Ein vom MfS bestellter Zeitungsartikel wurde in über hundert Exemplaren sorgfältig verteilt, vom MfS verfaßte Schmähbriefe wurden unter der Adresse „christlicher“ Bürger verfaßt und veröffentlicht, ein ihn diffamierendes Flugblatt wurde herausgegeben.⁵³

Doch Krummacher beugte sich nicht. Sein Eintreten für die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland auf der Fürstenwalder Synode 1967 gehörte zu den letzten großen Zeugnissen kirchlicher Selbstbehauptung unter dem SED-Regime. Theodor Schober, Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, schrieb daraufhin spontan an Krummachers Frau: „Was sein Wort auf

51 Information vom 26.6.1962, BStU, Berlin, MfS 10667/92, 89 f.

52 AaO., 78 f.

53 Flugblatt gegen Krummacher: BStU, Berlin, MfS AKK 2507/76, Bd. 1, 167 f.; Briefe und Artikel: BStU, Berlin, PA 11365/92, 32 ff.

der Synode für uns alle bedeutet, wird wohl erst später einmal ganz deutlich werden.“⁵⁴ Diesen wie eine Reihe weiterer Dankesbriefe hat Krummacher nie gesehen. Das MfS fing sie ab.

2. *DDR-Kirchenjuristen als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS: Der Fall Hans-Joachim Weber (1913–1969)*

Schon im Juni 1953 schrieb der CDU-Parteifunktionär Günter Wirth in einem kirchenpolitischen Konzept, es sei die Frage zu überprüfen, „ob Möglichkeiten bestehen, daß in Thüringen oder auch in Greifswald Partner für eine Verständigung mit dem Staat entstehen“⁵⁵. Während sehr bald nach der „Wende“ bekannt wurde, daß der juristische Oberkirchenrat Gerhard Lotz⁵⁶ aus Thüringen als „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM Karl) für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) arbeitete und ein geschlossener Aktenbestand mit Belobigungen, Quittungen über Zuwendungen und handschriftlichen Berichten eine Fehleinschätzung ausschlossen,⁵⁷ blieben Hinweise auf Greifswald lange unbeachtet. Erst durch den Aktenbestand des Greifswalder Bischofs Friedrich Wilhelm Krummacher stieß der Verfasser auf eine hohe Zahl von IMs, die um den Bischof herum gruppiert waren.⁵⁸ Ein den Berichten zufolge besonders eifriger Mitarbeiter des MfS war der IM „Bastler“. Hinter dem Decknamen verbirgt sich Dr. iur. Hans-Joachim Weber (1913–1969), Oberkonsistorialrat der Pommerschen Evangelischen Kirche von 1957 bis 1969.

Weber begann seine juristische Laufbahn nach dem Krieg als Amtsrichter und Amtsgerichtsvorstand im thüringischen Städtchen Buttstädt. An einigen Tagen der Woche arbeitete er überdies beim Landesgericht Erfurt als Vorsitzender der Großen Strafkammer Weimar und danach als Referent im Erfurter Justizministerium. In seiner Freizeit engagierte sich das Mitglied der Liberaldemokratischen Partei (LDP) im LDP-Kreisvorstand Sömmerda/Thüringen und unterhielt Kontakte zum Leiter des Ostbüros der FDP in Bonn. Außerdem betätigte er sich ehrenamtlich als Stadtrat der Stadt Buttstädt. Seit 1950 gehörte er auch der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an.

54 BStU Berlin, MfS AP 11318/92, 40.

55 Zit. nach Hermann Wentker, Ost-CDU und Protestantismus 1949–1958, in: KZG 6 (1993), 369, Anm. 120.

56 Vgl. dazu T. Krone u. a. (Hgg.), *Seid untertan der Obrigkeit. Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4*, Berlin 1992, 129 ff.

57 Vgl. Clemens Vollnhals, Oberkirchenrat Gerhard Lotz und das Ministerium für Staatssicherheit. Zur IM-Akte „Karl“. Vortrag vor der Enquete-Kommission am 14.12.1993, in: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland* 27 (1994), 332–336.

58 Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 7./8.8. 1993.

Am 7. Januar 1955⁵⁹ unterzeichnete Weber in Erfurt beim zweiten Treff mit einem Leutnant der dortigen MfS-Bezirksverwaltung, Abteilung V/3, eine handschriftlich verfaßte Verpflichtungserklärung. Die Werbung erfolgte zunächst „für die Richtung LDPD sowie ... 'FDP-Ostbüro'“⁶⁰. Nachdem er zunächst bereitwillig auf alle Bedingungen eingegangen zu sein schien, sagte Weber dann jedoch immer häufiger die Treffs mit seinem Führungsoffizier ab. Als Folge dieses Verhaltens wurde er am 10. Oktober 1955 der Mitwisserschaft an der Flucht eines Bürgermeisters sowie dessen vorheriger „Feindtätigkeit“ beschuldigt und „nochmals unter Druck geworben“, woraufhin „sich die Zusammenarbeit wesentlich verbesserte“⁶¹. Sein Hauptarbeitsauftrag bestand zunächst in der Ausforschung der LDPD Sömmerda.

Auf Veranlassung und mit Unterstützung der Stasi – wegen des Richtermangels in der DDR hätten die Justizbehörden seinem Antrag auf Ausscheiden aus dem Staatsdienst sonst wohl nicht ohne weiteres stattgegeben⁶² – wechselte Weber dann zum 1. August 1957 zur Kirchenleitung nach Greifswald über. In einem anderen MfS-Bericht heißt es, man habe den neuen Konsistorialrat dort „ingeschleust“⁶³. Am 9. Juli 1957 erfolgte die mit einer Umregistrierung verbundene „persönliche“ Übergabe des IM an den damaligen Hauptmann Sgraja von der HA V/4, MfS Berlin, die für ihn nun zuständige Stasi-Abteilung.⁶⁴ Bereits nach einem Jahr wurde Weber auf Vorschlag von Bischof Krummacher zum Oberkonsistorialrat ernannt.⁶⁵

Fortan traf sich Weber an jedem dritten Donnerstag im Monat, unmittelbar nach Beendigung der Kirchenjuristen-Referentenbesprechung in Berlin, mit seinem Führungsoffizier Sgraja, den er nur unter dem Namen „Zocher“ kannte.⁶⁶ „... schriftliche Unterlagen wurden sofort im Ministerium fotokopiert“; mündliche Informationen – „z.T. auf Band“ – gab Weber im Wagen Sgrajas, der ihn nach der Kopieraktion regelmäßig von Berlin nach Greifswald chauffierte.⁶⁷ Darüber hinaus traf sich Weber jeden dritten Freitag im Monat – meist in einer in Greifswald gelegenen konspirativen Wohnung – mit den MfS-Offizieren Oldenburg, Weiß oder Scherwinski von der Bezirksverwaltung Rostock und sprach mit ihnen „über östliche Angelegenheiten“. Schließlich schöpfte noch ein weiterer Berliner MfS-Offizier namens Heinritz (MfS, HA

59 Die Verpflichtungserklärung trägt das Datum vom 7.1.1954. Wie aus dem Bericht über die durchgeführte Werbung vom 10.1.1955 hervorgeht (BStU, Berlin, MfS, 1377/62, Bd. 1, pag. 30 f.), handelt es sich jedoch eindeutig um einen Schreibfehler Webers, der sich aufgrund des kurz zuvor erfolgten Jahreswechsels erklären läßt.

60 Beurteilung Jedicke des GI „Bastler“ vom 4.10.1956, BStU, Berlin, MfS, 1377/62, Bd. 1, pag. 41 f. 61 Ebd.

62 Bericht Jedicke vom 9.2.1957, aaO., pag. 48; MfS, Berlin, HA V/4, vom 11.3.1957 an MfS, Bezirksverwaltung Erfurt, Abt. V/4, aaO., pag. 50.

63 Auskunftsbericht Heinritz über GM „Bastler“ vom 3.5.1960, aaO., 60 f.

64 Beurteilung Jedicke vom 11.7.1957, aaO., pag. 44.

65 Bericht Heinritz vom 3.5.1960, aaO., 62.

66 Auskunftsbericht Heinritz vom 14.5.1965, aaO., 134.

67 Bericht Sgraja vom 1.9.1959, aaO., pag. 58 f.

V/4) Weber ab. Heinritz war Weber nur unter dem Namen „Dr. Heinrich“ bekannt.⁶⁸ Unter diesem Decknamen, mit der Ergänzung „vom Landwirtschaftsrat“, rief Heinritz auch im Greifswalder Konsistorium und bei Weber zu Hause an und vereinbarte mit seinem „Geheimen Mitarbeiter“ Treffen an der Molkerei beim Greifswalder Bahnhof.⁶⁹ Die „Doppelnutzung“ durch Berlin und Rostock führte 1960 zu Konflikten zwischen den beiden MfS-Stellen, da Heinritz – übrigens gegen den Willen von Weber – aus Sorge vor einer Dekonspirierung seines „Geheimen Mitarbeiters“ den Kontakt zum Rostocker MfS unterbinden wollte.⁷⁰

Sgraja stellte in seinen Beurteilungen des „Geheimen Mitarbeiters“ Weber ein glänzendes Zeugnis aus. „Bastler“ gebe „alle ihm bekanntwerdenden Informationen sowie interne Dokumente der zentralen Kirchenleitung“⁷¹ zuverlässig an das MfS weiter. Diese Einschätzung wurde u. a. durch vergleichende Kontrollverfahren gewonnen. Die von Weber „gegebenen Informationen über zentrale innerkirchliche Besprechungen konnten auf Konkretheit durch die IM 'Karl' [Gerhard Lotz] und 'Konrad' [Oberlandeskirchenrat Konrad Müller, Dresden]⁷² bestätigt werden.“⁷³

In der Tat lieferte Weber dem MfS die Protokolle sämtlicher Kirchenkonferenzen auf regionaler wie zentraler Ebene (Ostkirchenkonferenz, Bischofskonferenzen, Ratssitzungen der EKD und EKU), gab detaillierte Berichte über Personen und kirchenpolitische Strömungen und suchte durch Beeinflussung anderer Kirchenleute die Religionspolitik des SED-Staates zu unterstützen. Während seiner zwölfjährigen Tätigkeit füllten die beigebrachten Unterlagen achtzehn dickleibige Bände. Seine „spezielle Aufgabe“⁷⁴ bestand darin, die Protokolle der Ostkirchenkonferenz und die EKD-Ratsprotokolle zu beschaffen. Anfang Mai 1960 heißt es in einem „Auskunftsbericht“ des MfS, Weber sei „soweit erzogen, daß er bei wichtigen zu erwartenden kirchlichen Maßnahmen gegen unseren Staat sofort“⁷⁵ informiere und einen außerplanmäßigen Treff vereinbare. „Konkret hat sich dies vor Ostern 60 gezeigt, wo er uns davon in Kenntnis setzte, daß ein Hirtenbrief in der Sache der soz. Umgestaltung der Landwirtschaft in Vorbereitung ist und höhere kirchliche Gremien sich damit befaßten.“⁷⁶ Über wichtige Vorkommnisse zwischen den regulären Treffs berichtete Weber an die Deckadresse „Sommer“.⁷⁷ Die Erwartung des MfS ging

68 Auskunftsbericht Heinritz vom 14.5.1965, aaO., 134.

69 Auskunftsbericht Heinritz vom 14.5.1965, aaO., 134.

70 Beschwerde Scherwinski vom 3.11.1960, aaO., pag. 66–68; Bericht des MfS Berlin vom 8.11.1960, aaO., 69 f.

71 Prämierungsvorschlag Sgraja für GM „Bastler“ vom 1.9.1959, aaO., pag. 59.

72 Signatur der Personalakte Dr. iur. Konrad Müller: BStU, Berlin, MfS A IM 1822/64.

73 Perspektivplan vom 28.8.1962, BStU, Berlin, MfS, 1377/62, Bd. 1, aaO. 92.

74 Auskunftsbericht Heinritz vom 3.5.1960, aaO., pag. 61.

75 Ebd.

76 Ebd. Zur kirchlichen Reaktion auf die verstärkte Kollektivierung der Landwirtschaft vgl. G. Besier, Der SED-Staat und die Kirche, aaO., 340 f.

77 Beurteilung Heinritz/Burkhardt vom 22.4.1961, aaO., pag. 84.

im Sommer 1962 dahin, daß der noch junge Weber „zum leitenden Juristen in Greifswald“⁷⁸ aufrücken werde. Anfang Februar 1966 beriet Sgraja mit Weber, wie es anzustellen sei, daß er das vollkommene Vertrauen Krummachers erringen und Mitglied bzw. Teilnehmer in sämtlichen überregionalen Synoden und kirchenleitenden Gremien werden könne. „Alle anderen untergeordneten Funktionen müssen vom IM abgestoßen werden.“⁷⁹ Außerdem schmiedeten beide Pläne zur „Isolierung des W.“[oelke], des Greifswalder Vizepräsidenten.⁸⁰

Zum 10. Jahrestag der DDR, im Herbst 1959, erhielt Weber, abgesehen von der regelmäßigen Erstattung seiner Auslagen, erstmals eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 500,- Mark, im April 1961 bekam er eine zweite Prämie von 200,- Mark, ein Jahr darauf wieder 500,- Mark.⁸¹ Außerdem war ihm das MfS bei der Zulassung seiner Tochter zur Oberschule behilflich. Später half das MfS Weber auch bei der Klärung seiner persönlichen Angelegenheiten und überreichte Präsente für die Familie.⁸²

Sowohl die weitergegebenen Kirchenprotokolle wie auch seine Berichte und die entgegengenommenen Geldbeträge bildeten für das MfS „stabile Faustpfänder“⁸³ für eine ebenso loyale wie streng konspirative Zusammenarbeit Webers mit dem Geheimdienst. Am 21. Juli 1966 nahm Weber seinem neuen Führungsoffizier, Klaus Roßberg (später stellvertretender Leiter der HA XX/4) – der Wechsel erfolgte im Herbst 1965 und fiel dem IM sehr schwer –, das Versprechen ab, ihm alles Material zurückzugeben, „wenn ich einmal aus dem Amt ausscheide“⁸⁴.

Als Motiv für die Zusammenarbeit Webers mit dem MfS taucht in den Protokollen der Führungsoffiziere „innerer Haß gegen die Machenschaften der klerikalen Kräfte“⁸⁵ auf. Mehrfach wurde Weber darauf hingewiesen, er möge sich bei den örtlichen staatlichen Stellen in seinen Äußerungen über die Greifswalder Kirchenleitung größere Zurückhaltung auferlegen, „um nicht durch unbedachte Angaben bei der Kirchenleitung in Mißtrauen zu geraten“⁸⁶.

Tatsächlich dekonspirierte am 26. Januar 1968 der SED-Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, den Greifswalder Oberkonsistorialrat, indem er ihn gegenüber dem Dessauer Kirchenpräsidenten und EKU-Ratsvorsitzenden, Martin Müller, als den „Gewährsmann der Regierung“ bezeichnete. Dabei

78 Perspektivplan vom 28.8.1962, aaO., 92.

79 Treffbericht Sgraja vom 5.2.1966, 141.

80 AaO., 142.

81 Urkunde vom 30.3.1962, aaO., 129.

82 Treffbericht Sgraja vom 5.2.1966, aaO., 141 ff.

83 Auskunftsbericht Heinritz vom 14.5.1965, aaO., pag. 133 f.

84 MfS-Bericht vom Juli 1966, aaO., pag. 143–145.

85 Ebd.

86 AaO., 91; 1. Ergänzung zum Perspektivplan am 28.11.1964, aaO., 126.

berief er sich auf eine Äußerung Webers zum Nichtzustandekommen eines Gespräches zwischen Krummacher und dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock, Deuser, im Frühjahr 1967. Weber habe in einer Besprechung mit dem Stellvertreter für Inneres, Steinbach, zum Ausdruck gebracht, daß Krummacher an einem Gespräch nicht interessiert sei. Nachdem Müller dies den EKU-Bischöfen in einem Rundbrief berichtet hatte, stellte Krummacher seinen Oberkonsistorialrat zur Rede. „Krummacher machte der Quelle [Weber] schwere Vorwürfe eines kirchenschädigenden Verhaltens und drohte auch mit dem Ausschluß von der Teilnahme an der kommenden EKU-Synode. Krummacher war sehr erregt, und es gab zwischen ihm und der Quelle eine heftige Auseinandersetzung.“⁸⁷ Später beruhigte sich der Bischof allerdings wieder, gestattete Weber, zur Synode zu fahren, bat ihn aber, „nicht in den Berichtsausschuß, sondern in den Ordnungsausschuß zu gehen . . ., mit ihm ständig Verbindung zu halten und sich nicht von der Tagung zu entfernen“⁸⁸. Diese Verhaltensmaßregeln deuten darauf hin, daß der Greifswalder Bischof eine Vorstellung davon hatte, welche Verabredungen am Rande von Synoden in umliegenden Gasthäusern oder in der Nähe geparkten PKWs getroffen wurden.

Ein knappes Jahr später starb Oberkonsistorialrat Weber an einem schweren Herz- und Kreislaufleiden, nachdem sich schon vorher „starke geistige Verfallserscheinungen eingestellt“⁸⁹ hatten. Nicht zuletzt deshalb befürchtete das MfS zunächst Dekonspirationen. Doch die Überprüfungsmaßnahmen ergaben, daß „nichts über eine Zusammenarbeit mit dem MfS bekannt geworden“⁹⁰ war.

Der „Fall Weber“ zeigt, daß die kirchlichen Verhältnisse in Thüringen durchaus nicht singulär waren und daß sich das Ministerium für Staatssicherheit bereits in den 50er Jahren auch in anderen Landeskirchen hochrangiger Kirchenjuristen als Inoffizieller Mitarbeiter bediente. Neben dem hier vorgestellten „Fall Weber“ könnte man zur Erhärtung dieser These noch auf den seit 1956 in Dresden bzw. Schwerin tätigen Oberlandeskirchenrat Dr. iur. Konrad Müller verweisen, über den ein ähnlich vollständiger Aktenbestand existiert. Die Tatsache, daß für die 80er Jahre bisher vergleichsweise wenige Fälle bekannt geworden sind (vgl. aber den Fall des Magdeburger Konsistorialpräsidenten Detlef Hammer, der bis 1989 als Offizier im besonderen Einsatz [OibE] tätig

87 Mündlicher Bericht Webers, durch Weiß, MfS Abt. XX/2, Rostock, am 6.2.1968 aufgezeichnet, BStU, Berlin, MfS, AP 11365/92, pag. 1 f.

88 Ebd.

89 Abschlußbericht Roßberg vom 23.12.1969, BStU, Berlin, MfS, 1377/62, Bd. 1, pag. 166.

90 Ebd.

war), läßt sich plausibler mit der Aktenvernichtungsaktion 1989/90 erklären als mit einem seit 1978 signifikant geringeren Werbungserfolg des MfS.⁹¹

3. *Geheimnisträger auf der Mitarbeiter-Ebene: IM Birke – die Chefsekretärin Schönherr*

Es kann nicht überraschen, daß neben Bischöfen, Kirchenjuristen und Pfarrern auch andere kirchliche Mitarbeiter in „Schlüsselpositionen“ als Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) geführt wurden. Und es liegt nahe, daß Sekretärinnen von Bischöfen und anderen kirchenleitenden Persönlichkeiten als besonders qualifizierte Informationsquelle gelten mußten. Gleichwohl liegen für diese Ebene bislang kaum Erkenntnisse vor. Der im folgenden vorzustellende Fall verdient vor allem wegen des Anwerbeverfahrens besondere Beachtung.⁹²

Anita Steinmetzger, geboren am 18.10.1925, arbeitete seit 1955 im Konsistorium der Berlin-Brandenburgischen Kirche. Aufgrund ihrer Tüchtigkeit avancierte die ledige, durchaus lebensfrohe und kontaktfreudige Frau rasch. Bald war sie als Sekretärin für einen Oberkonsistorialrat tätig, später für den konservativen Präses der Provinzialsynode, Fritz Figur, und schließlich schrieb sie auch für den mit den Verwaltungsaufgaben des Konsistorialpräsidenten im Ostteil der Landeskirche betrauten Oberkonsistorialrat Werner Hagemeyer und Bischofsverwalter Günter Jacob. Auf den dringenden Wunsch Albrecht Schönherr hin wurde sie 1967 auch dessen Chefsekretärin. Als Protokollantin nahm sie überdies regelmäßig an den Kirchenleitungssitzungen teil. Das mit den vielfältigen Aufgaben verbundene Übermaß an Arbeit veranlaßte die strebsame Frau, Unerledigtes mit nach Hause zu nehmen und dort fertigzustellen. Mit der Sekretärin des (West-) Berliner Bischofs Kurt Scharf pflegte sie auch nach dem Mauerbau ein freundschaftliches Verhältnis. Im Auftrag ihrer Arbeitgeber suchte sie schließlich von Zeit zu Zeit die Behörde des Staatssekretärs für Kirchenfragen auf, um dort auf der Mitarbeiter-Ebene „gewisse Stimmungen, die für oder gegen die Kirche gerichtete sind, auszukundschaften“⁹³.

91 Nachdem der Verf. die MfS-Tätigkeit von Weber in einem SD-Artikel vom 25.11.1993 offengelegt hatte, reagierte die Greifswalder Kirchenleitung mit einer Presseerklärung. Darin heißt es, „die Klärung der Vorwürfe sei schwierig, da die Gauck-Behörde der Kirche keinen Einblick in Stasi-Akten Verstorbener gewähre“ (zit. nach idea Nr. 136/93 vom 1.12.1993, 6). In Wahrheit hatte der in der Gauck-Behörde zuständige Historiker den mit der Aufarbeitung von der Greifswalder Kirchenleitung Beauftragten bereits vor Veröffentlichung des o.g. Artikels von dem in Rede stehenden Sachverhalt in Kenntnis gesetzt. Die Greifswalder Kirchenleitung konnte also nicht nur den Kasus kennen; sie kann sich auch jederzeit über den von ihr eingesetzten Kirchenhistoriker über die MfS-Tätigkeit Verstorbener informieren lassen.

92 Der Bestand Steinmetzger liegt im BStU (AIM 2834/88) und umfaßt neun Bände, vier davon personenbezogen (I), fünf sind mit Berichten gefüllt (II).

93 Bericht „Walter“ vom 4.11.1964, AIM 2834/88, I/1, 192. Später verbot ihr das MfS, den Mitarbeitern des Staatssekretariats für Kirchenfragen kirchliche Interna und Interpretationen weiterzugeben, BStU Berlin, AIM 2834/88, I/4, 101.

Am 5. Mai 1964 leitete das MfS eine „ausgedehnte operative Kombination“⁹⁴ ein, mit dem Ziel, Anita Steinmetzger als „Geheime Mitarbeiterin“ (GM) zu gewinnen. Die nun anlaufende perfide Psycho-Prozedur sollte gut zwei Jahre dauern und das Leben der ebenso selbstbewußten wie gescheiterten Frau grundlegend verändern.

In der *ersten Phase* der „offensiven Aufklärung“ wurden ihre Lebensgewohnheiten und -umstände – ihr Vater, mit dem sie zusammenlebte, ihre Freunde und Bekannten – bis ins Detail ausgeforscht. An ihrem Arbeitsplatz im Konsistorium übernahm die Aufgabe der Überwachung ein Geheimer Stasi-Informant (GI) mit dem Decknamen „Theater“⁹⁵. Da sich politisch wenig Anhaltspunkte ergaben – als junges Mädchen hatte sie sich für den Nationalsozialismus begeistert, nach 1945 verzichtete sie auf jedes politische Engagement – verlegte sich die Stasi auf den ganz persönlichen Lebensbereich.

Als sie im Sommer 1964 zusammen mit einer Freundin ihren Urlaub im Ostseebad Ahrenshoop verbrachte, setzte die Stasi einen „Romeo“ (GI „Walter“)⁹⁶ auf sie an. Der gutaussehende und nicht ungebildete Mann – hauptamtlich arbeitete er als Schauspieler für Nebenrollen am Maxim Gorki-Theater – gewann ihr Herz im Sturm. Sie verwöhnte ihn mit Westwaren, die aus dem illegalen „Patentanten“- oder „Merkur“-Transfer der Kirche vom Westteil der Stadt in den Osten stammten, ließ ihn – auch um ihm zu imponieren – erste Einblicke in vertrauliche Papiere nehmen, die sie zur Bearbeitung mit nach Hause genommen hatte⁹⁷, und stellte ihn kirchenleitenden Persönlichkeiten im Konsistorium als ihren Vetter vor.⁹⁸ Die verliebte Frau organisierte sogar eine einwöchige Urlaubsreise nach Mambach-Ilmenau – mit einem Dienst-Mercedes des Konsistoriums.⁹⁹

Kurz darauf setzte die Stasi auch auf die engste Freundin einen „Romeo“ (GHI „Vörster“) an. Die Stasi-Männer sammelten „umfangreiches Aufklärungsmaterial“ über die „Geheimnisträgerin“ Anita Steinmetzger, machten aus ihrer positiven Haltung zum SED-Staat keinen Hehl und ließen Heirats- und Familiengründungspläne bei den glücklichen Frauen gedeihen.

94 Vorschlag Bronder zur Werbung eines Geheimen Mitarbeiters vom 1.6.1966, BStU Berlin, AIM 2834/88, I/4, 118–126.

95 Hinter diesem Decknamen verbirgt sich der Verwaltungsangestellte der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Heinrich Jochen.

96 Heinz Walter, alias Otto Busse.

97 Bericht „Walter“ vom 4.11.1964, AIM 2834/88, I/1., 192. Es heißt dort: „Dieser Bericht [der Synode], der nach Fertigstellung dem Staatssekretariat zugeleitet wird, dürfe vor der öffentlichen Verlesung des Konzils nicht in westliche kirchliche Hände fallen. Insbesondere die westberliner Kirchenstelle, Bischof Dibelius, würde diesen Bericht für ihre eigenen kirchenpolitischen Zwecke ausschlachten. Die DDR-Behörden würden der Ostkirche Schwierigkeiten machen; u. a. Reisepaßverweigerungen u.ä.“ Ferner teilte sie „Walter“ mit, der Berliner Theologieprofessor Hanfried Müller „würde im Konsistorium für einen 'Spitzel' gehalten“, aaO., 196.

98 AaO., 194.

99 AIM 2834/88, I/2, 15 f.

Nun begann *Phase zwei* des Stasi-„Rahmenplans“. Stasi-Offiziere starteten eine Briefaktion. In anonymen Briefen an den vorinformierten Romeo „Walter“ und Anita Steinmetzger, aber auch an die Freundin wurde wechselseitig behauptet, GI „Walter“ bzw. Anita Steinmetzger hätten noch andere Liebschaften. Nach anfänglicher Resistenz „wurde das Liebesverhältnis . . . zerschlagen, wodurch . . . [Anita Steinmetzger] seelisch stark erschüttert wurde.“¹⁰⁰

In der Schlußphase der Beziehung setzte die Stasi auf die nun zutiefst verletzte und verunsicherte Frau einen angeblichen Werber der „Zeugen Jehovas“ (ZJ) an, eine religiöse Gruppierung, die in der DDR als verbotene politische Untergrundorganisation eingestuft wurde. In Wirklichkeit war auch der Werber ein Mann von der Stasi (GM „Boxer“). Nachdem Anita Steinmetzger ihn schroff abgewiesen hatte, erhielt sie einen anonymen Brief mit üblen Anspielungen auf ihre persönliche Lebensführung und versteckten Drohungen im Blick auf ihren Arbeitgeber.

Daraufhin machte Anita Steinmetzger Bischofsverwalter Jacob und Konsistorialrat Manfred Stolpe Mitteilung von den anonymen Briefen. Dabei äußerte die kluge Frau den Verdacht, die Briefe könnten vielleicht von der Stasi kommen. Doch die beiden kirchenleitenden Persönlichkeiten hielten ihre Vermutung für völlig absurd. Jacob habe sie bei den Armen genommen und ihr gesagt, die Stasi arbeite sehr viel direkter und brutaler; „in ihrem Fall sei es *nicht* möglich, daß das MfS dahinter stecke“.¹⁰¹

Als zu den anonymen Briefen auch Anrufe kamen, sie aufgefordert wurde, „Tote Briefkästen“ (TBK) aufzusuchen, um Informationen und Päckchen abzuholen, wandte sich die nun von Mißtrauen und Argwohn gegen jedermann erfüllte Frau in ihrer Not an den „Hausvertrauensmann“ ihres Wohnhauses, der bei der Volkspolizei (VP) arbeitete, und bat um Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den unbekanntem Täter. Auch der VP war nebenamtlich als „GI“ für die Stasi tätig und wußte von deren Interesse an dem Fall. Zusammen mit einem Kollegen der Abteilung K. wurde „herausgearbeitet“, daß aufgrund des TBK und der Verwicklung der „Untergrundorganisation“ ZJ in die Angelegenheit das MfS zuständig sei.

Phase drei: In intensivem Kontakt mit dem MfS-Hauptmann Bronder [alias Deutschmann] und mit ihrer regen Beteiligung sollte der ominöse Briefeschreiber enttarnt und im Verlauf dieser Aktion die Kandidatin von der „humanistischen Aufgabenstellung des MfS“ überzeugt werden. Unter diesen Vorzeichen ging der Stasi-Offizier mit großer Energie allen von ihr geäußerten

100 Vorschlag Bronder zur Werbung eines Geheimen Mitarbeiters vom 1.6.1966, BStU Berlin, AIM 2834/88, I/4, 118–126.

101 BStU Berlin, AIM 2834/88, I/3, 30; 49. Steinmetzger berichtete „Walter“, Stolpe habe dem Staatssekretär den Hinweis auf die Absprache von Lund 1965 zwischen Scharf und Bischofsverweser Jacob im Blick auf die Wahl des ersteren zum Bischof gegeben, aaO., 141.

Verdachtsmomenten nach, entkräftete sie und lenkte ihr Mißtrauen systematisch auf Personen, die im Konsistorium arbeiteten. Wie in den vorhergehenden Fällen auch, erklärte sich Anita Steinmetzger bereit, bei der jetzt notwendig gewordenen „Aufklärung des Konsistoriums“ mitzuhelfen. Sie belieferte den Stasi-Mann mit allen erdenklichen Interna über Personen und Sachverhalte aus ihrer Behörde und offenbarte ihm unter anderem auch das kirchliche Kurier-System zwischen West- und Ost-Berlin.¹⁰² Von seiten des MfS-Offiziers wurde durch Fotos und verwirrende Kombinationen der Verdacht auf die kirchenpolitischen Gegner des Bischofsverwesers Jacob gelenkt, namentlich auf Siegfried Ringhandt. Beispielsweise zeigte ein Foto den „ZJ-Werber“ an der Haustür von Ringhandt. Die anonymen Briefe trugen den Poststempel einer westdeutschen Stadt, so daß sich der Verdacht erhärten mußte, eine ausländische Organisation betreibe mit verabscheuungswürdigen Methoden das Geschäft „reaktionärer Kreise“ in der DDR.

Inzwischen freute sich Anita Steinmetzger schon auf die regelmäßigen Treffs mit dem bemühten MfS-Mann in dessen warmen Diensträumen. So bedurfte es keiner großen Überzeugungsarbeit mehr, ihr zu verdeutlichen, daß die aufgrund der ausländischen Beteiligung an dem Komplott eingetretene „höhere Qualität in der Arbeit des MfS unter Einbeziehung des Werbekandidaten ... eine schriftliche Verpflichtung“ erforderlich mache. Am 8. Juli 1966 unterzeichnete sie bereitwillig die ihr diktierete Verpflichtungserklärung:

„Durch meine bisherige tatkräftige Unterstützung des Ministeriums für Staatssicherheit in der Aufdeckung moralisch verkommener und krimineller Elemente habe ich mir das Vertrauen der Sicherheitsorgane der DDR erworben und erkläre, daß ich über die mir bekannt werdenden Fakten und Maßnahmen des MfS mit keiner Person sprechen werde. Mir wurde verbindlich zugesichert, daß seitens der Sicherheitsorgane keinerlei Maßnahmen durchgeführt werden, die auf meine Mitarbeit schließen könnten oder derartige Verdachtsmomente aufkommen lassen. Die gesamte Zusammenarbeit läuft unter der Bezeichnung 'Birke'.“

Achtzehn Jahre lang – bis Mitte Juli 1985 – berichtete die Geheimnisträgerin „Birke“ wirklich alles, was ihr bekannt wurde¹⁰³ und erhielt dafür Medaillen und Belobigungen.¹⁰⁴

Beispielsweise kannte das MfS den Brief der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung zur Invasion der Warschauer Pakt-Staaten in der CSSR vom

102 So erfuhr beispielsweise das MfS, daß Paul-Gerhard Kunze als Ständiger Westkurier tätig war, BStU Berlin, AIM 2834/88, II/1.

103 Die vielleicht bedeutendste Indiskretion ist ein persönlicher Brief Schönherrns an Bundeskanzler Brandt vom 23.3.1972, der eine pejorativer Bemerkungen über die Ost-Politik der CDU enthält BStU Berlin, AIM 2834/88, II/5.

104 Zum 21. Jahrestag der DDR am 7.10.1970 erhielt sie die „Medaille für treue Dienste der NVA“ in Bronze; am 28.10. 1970 ein Dankschreiben; am 8.7.1971 wurde für IMF „Birke“ ein „festlicher Treff“ ausgerichtet, BStU Berlin, AIM 2834/88, I/4.

September 1968 mitsamt seiner Entstehungsgeschichte so zeitgleich und genau, als hätten die Geheimdienstler an den Beratungen teilgenommen.¹⁰⁵ Zehn Jahre später erhielt das MfS einen ungeschönten Bericht aus erster Hand über die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitungssitzung vom 10.3.1978, in deren Mittelpunkt eine Aussprache über das Staat-Kirche-Spitzengespräch vier Tage zuvor stand. IM „Birke“ notierte: Steinlein „warf Schönherr vor, daß Verrat an der Kirche geübt worden sei und daß sich nunmehr die Kirche mit dem Staat liiert habe. Den Preis, den die Kirche dafür zu zahlen habe, könne man nicht absehen. . .“¹⁰⁶

IM „Birke“ ahnte mit der Zeit wohl, daß man sie getäuscht hatte, denn sie fragte noch Jahre später ihren Führungsoffizier in ironischem Ton, ob das MfS denn nun ihren anonymen Quälgeist, der seine Briefe mit „Gutes Herz“ unterzeichnet hatte, endlich gefangen habe. Die Kraft, sich ihrer Kirchenleitung zu offenbaren, brachte sie nicht mehr auf.

4. *Theologische Universitätslehrer als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS: Einige ausgewählte Fälle*

Die Theologischen Fakultäten in der DDR bildeten die letzte der traditionellen Schnittstellen zwischen Staat und Kirche. Zunächst galt es, gesellschaftlich zuverlässige Theologen zu gewinnen, um mit deren Hilfe dann den theologischen Nachwuchs und über synodale Gremien auch binnenkirchliche Entscheidungen zu beeinflussen.¹⁰⁷

Wie bei den Kirchenjuristen gilt auch im Falle der Hochschullehrer, daß es für die erste, in den 50er Jahren gebildete Kader-Generation, also etwa für die Geburtsjahrgänge 1925 bis 1930, gut archivierte „Fälle“ gibt, während für die Folgegeneration bisher meist nur noch Kaderentwicklungspläne gefunden wurden, die über die politische Zuverlässigkeit und die daraus resultierende berufliche Perspektive der Hochschullehrer Auskunft geben.¹⁰⁸

An den beiden größten Theologischen Fakultäten der DDR, Leipzig und Berlin, gab es seit Mitte der 50er Jahre Inoffizielle Mitarbeiter, die sich schriftlich verpflichtet hatten, konspirativ tätig waren und regelmäßig Prämien erhielten. Auch die für die theologischen Sektionen im Ministerium für

105 Vgl. Bericht vom 17.9.1968, BStU Berlin, AIM 2834/88, I/4, 62, und Bericht vom 3.9.1968, aaO., II/2, 91–93. Ein Jahr zuvor hatte sie den Entwurf eines EKD-Wortes, nämlich dem zu den „Politischen Friedensaufgaben der Deutschen. . .“, weitergegeben, BStU Berlin, AIM 2834/88, I/4, 48.

106 BStU Berlin, AIM 2834/88, II/5, 192.

107 Vgl. G. Besier, *Der SED-Staat und die Kirche*, 381 ff.

108 Vgl. z. B. die im Blick auf die Meier- und Moritz-Schüler aufschlußreiche „Einschätzung der staatlichen Leitungstätigkeit“ Piazzas vom 24.2.1977 und den Kaderpolitischen Konsept Hans Moritz' [o.D.] aus den 80er Jahren, BStU, Berlin MfS, XX/4, 655.

Hoch- und Fachschulwesen zuständige Referentin, Friederun Fessen, wurde als IM („Irene“)¹⁰⁹ geführt. Sie stammte aus der ersten FDJ-Gruppe an einer theologischen Fakultät, die von den späteren Theologieprofessoren Meier und Moritz geleitet wurde.

4.1. *Die Theologische Fakultät Leipzig*

Die bekanntesten Leipziger Fälle sind die des Kirchenhistorikers Kurt Meier (IMS „Werner“) und des Religionssoziologen Hans Moritz (IMS „Martin“).¹¹⁰

Meier (geb. 1927), seit 1948 gesellschaftlich aktiv, wurde nach einem Auskunftsbericht der BV Leipzig, Abt. XX/4, mit der letzten Eintragung vom Oktober 1987 am 19.7.1957 aufgrund politischer Überzeugung geworben. Er hielt „sich strikt an die Regeln der Konspiration. Sein Einsatz erfolgte zur Aufklärung des Lehrkörpers der Sektion Theologie der KMU sowie der dortigen Studenten. Er gab auswertbare Informationen zu diesen Personenkreisen, die einen Beitrag im Rahmen des Differenzierungsprozesses darstellten. Im Rahmen seiner durchgeführten Reisen in die BRD gab er wertvolle Informationen zu innerkirchlichen Fragen der BRD wie auch zu Verbindungspersonen der westdeutschen evang. Kirche in der DDR. Im Rahmen seiner Tätigkeit als Bezirkssynodaler berichtete er über die ihm bekanntgewordenen innerkirchlichen Fragen des Bezirkes und der Landeskirche Sachsens. Die von ihm gegebenen Berichte waren objektiv und wahrheitsgetreu. Das von ihm übergebene Material trug zur Deckung des Informationsbedarfs bei. . . Mit dem IMS 'Werner' konnte eine kontinuierliche und zielgerichtete inoffizielle Zusammenarbeit realisiert werden, wobei die Zuverlässigkeit und Einsatzbereitschaft des IMS weiterhin zum Tragen kam. Es gelang den IMS zunehmend zur eigenen schriftlichen Berichterstattung zu erziehen. Die durch den IM erarbeiteten Informationen sind sachlich und lassen eine gründliche Auseinandersetzung mit aufgeworfenen Problemen erkennen. . . Aus Anlaß der 30-jährigen inoffiziellen Zusammenarbeit des IM mit dem MfS am 19. Juli 1987 wurde der IMS 'Werner' mit einer Ehrenurkunde des MfS und einem Sachgeschenk ausgezeichnet.“ Unter der Rubrik „operativ interessante Merkmale des IM“ wurde aufgeführt: „Reisekader in nichtsozialistische Länder. Aktives Kirchenmitglied“ und unter „operativ nutzbare Verbindungen des IM“ seine Kontakte zu dem Begründer des Bielefelder Archivs zum Kirchenkampf, Wilhelm Niemöller, und Kurt Dietrich Schmidt, Professor für Kirchengeschichte in Hamburg und Leiter der Kommission der Evangelischen Kirche

109 BStU, MfS AIM 2023/60.

110 BStU, VIII 1361/60 (Kurt Meier); BStU, VIII 1097/60 (Hans Moritz); vgl. Archiv Bürgerbewegung e.V., Leipzig; vgl. auch Chr. Dietrich/U. Schwabe, Friedensgebete in Leipzig 1980–1989, Hamburg 1994.

in Deutschland für die Geschichte des Kirchenkampfes. Weiter heißt es: „Im Rahmen der wissenschaftlichen Kontakte hat der IMS mehrere zur Erarbeitung von Lageeinschätzungen im OG nutzbare Verbindungen zu mehreren theologischen Fakultäten an Universitäten der BRD und in der Schweiz.“

Hans Moritz (geb. 1926), zwei Jahre später als Meier geworben, auch kirchlich aktiv, war ebenfalls für den Differenzierungsprozeß in der Studentenschaft und im Lehrkörper sowie für die „Bearbeitung der Kirchen“ verantwortlich. Darüber hinaus wurde er „zur politisch-operativen Kontrolle der Auslandsverbindungen der Sektion sowie zur Abschöpfung der Reisekader in das NSA“ eingesetzt. Lt. einer „Information“ des Rates des Bezirks Leipzig bedankte sich Moritz anläßlich eines „freimütigen Gedankenaustausches“ zwischen dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig für Inneres, Reitmann, und der Sektionsleitung Theologie am 4. April 1989 u. a. für die Unterstützung des Staatssekretärs für Kirchenfragen, wo „im Austausch der Kollegen die Partnerschaft zur Universität in München aufrecht erhalten werden konnte“¹¹¹. Die Protokolle über diese Partnerschaft sind noch nicht aufgefunden.

In der Folgegeneration konnte bisher nur ein IM-Registrierverhältnis zu Peter Zimmermann (geb. 1944), 1973 geworben, Deckname „Karl Erb“, seit 1970 auch CDU-Mitglied, in den Akten nachgewiesen werden. Der ökumenische Theologe wurde nicht nur zur Aufklärung seiner Sektion eingesetzt, sondern auch im nichtsozialistischen Ausland, insbesondere im Rahmen seiner CFK-Aktivitäten. Im MfS-Auskunftsbericht über ihn wird besonders erwähnt, daß er „wesentliche Hinweise zu innerkirchlichen Fragen der Kirche in Westberlin“ erarbeitet habe.

4.2. *Die Theologische Fakultät Berlin*

Die früheste Werbung eines späteren theologischen Universitätslehrers an der Berliner Fakultät/Sektion ist die von Herbert Trebs (geb. 1925), seit September 1950 als IM „Anton“ erfaßt und 1954 ein zweites Mal geworben. Beide Male erfolgte die Werbung auf der Basis der politischen Überzeugung des IM. Von 1947 bis 1951 studierte Trebs an der Universität Halle Theologie und wechselte nach Absolvierung seines Staatsexamens als Aspirant zu dem in Leipzig lehrenden religiösen Sozialisten Emil Fuchs. Das CDU-Mitglied (Eintritt: November 1947) – seit 1954 im CDU-Hauptvorstand tätig und von 1954 bis 1960 Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ – arbeitete 1960 an den

¹¹¹ Information Ebisch vom 10.4.1989 über Gedankenaustausch zwischen Reitmann und Sektionsleitung Theologie am 4.4.1989, Archiv Bürgerbewegung e.V., Leipzig. Vgl. auch Information Jakel vom 24.5.1985 über Gespräch Reitmann mit Leipziger Theologieprofessoren am 23.4.1985 und Information Jakel vom 18.4.1988 über Begegnung Reitmann mit ausgewählten Vertretern von Kirche und Sektion am 12.4.1988, aaO. Siehe auch eine „Studie zur Situation und Profilierung der Sektion Theologie an der Karl-Marx-Universität“, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, BT/RdB, 21667.

„Dokumentationen“ über Eugen Gerstenmaier und den Vatikan mit, bearbeitete nebenamtlich für das MfS das Sachgebiet „Ökumene“ und hielt „wichtige kirchliche Verbindungen“ zu den Hauptvertretern des bruderrätlichen Flügels in Westdeutschland, Martin Niemöller, Heinz Kloppenburg, Herbert Mochalski, sowie Klaus von Bismarck, führendes Mitglied der Kirchentagsbewegung und Unterzeichner des Tübinger „Memorandums der Acht“¹¹².

Als „Faustpfänder“ für die beinahe tägliche Zusammenarbeit mit Trebs notierte MfS-Offizier Kuschel im Oktober 1961:

- „1) Eine sehr große Anzahl op. wertvoller Einschätzungen über reaktionäre Personen der EKD.
- 2) Berichte über Tagungen der verschiedenen Gremien der EKD und Besprechungen mit den verschiedensten kirchlichen Persönlichkeiten.
- 3) Berichte über interne Vorgänge im Hauptvorstand der CDU.
- 4) Geldquittungen.“¹¹³

1965 schlug Oberstleutnant Ludwig vor, den IM „Anton“ zum 16. Jahrestag des MfS mit der „Medaille für treue Dienste der NVA in Bronze“ auszuzeichnen.¹¹⁴

Für das MfS arbeitete auch Trebs' theologischer Antipode an der Berliner Fakultät, Hanfried Müller.¹¹⁵ Zwar waren IMs gelegentlich einige ihrer Kollegen im inoffiziellen Stasi-Dienst namentlich bekannt, doch das traf hier nicht zu. Es ist allerdings nicht ohne Pikanterie, daß ausgerechnet IM „Anton“ es war, durch den Müller mit den Stasi-Leuten – im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum Leipziger Kirchentag 1954 – in Kontakt kam. Trebs und Müller bekämpften sich so nachhaltig, daß sich die Gegnerschaft auch in den Berichten für das MfS niederschlug und dieses aus dem Hintergrund in die Auseinandersetzungen eingriff.

Nachdem sich die MfS-Offiziere Sgraja und Kullik zunächst als Vertreter vom MdI vorstellten, konnten sie schon beim zweiten Treff Anfang November 1954 im MdI mit offenen Karten spielen und Müller werben. „In der vorhergehend geführten Unterhaltung mit ihm sowie bei der Verpflichtung zeigte Müller ein sehr aufgeschlossenes Verhalten. Er erklärte uns, daß wir doch seine Aussagen sehr vertraulich behandeln möchten, da sonst für ihn bei Bekanntwerden irgendwelcher Dinge bei der Kirchenleitung Nachteile zur Folge haben könnten. Ihm wurde erklärt, daß alle Dinge, die er uns mitteilt, strengstens vertraulich behandelt werden. Die schriftliche Verpflichtung schrieb M. ohne

112 Vgl. hierzu G. Besier, *Der SED-Staat und die Kirche*, 492 f.

113 Auskunftsbericht Kuschel vom 5.10.1961, BStU, Berlin, MfS AP 10990/68, pag. 76–79, Zitat: 78. 114 AaO., 203.

115 Vgl. G. Besier, *Auf der kirchenpolitischen Nebenbühne des SED-Staates: Evangelische Kirche und Ost-CDU*, in: ders., *Die Kirche in den Umbrüchen des zwanzigsten Jahrhunderts*, Neukirchen-Vluyn 1994, 190–270.

jeglichen Widerstand. Den Decknamen 'Hans Meier' legte er sich selbst zu.“¹¹⁶

In der Folgezeit beschaffte Müller Materialien aus Berlin (West), lieferte Einschätzungen über Personen, gab Briefwechsel mit Theologen und kirchenleitenden Persönlichkeiten „zur Durcharbeit“ an das MfS weiter, fertigte „Analysen“ und fotografierte diverse – auch katholische – Objekte (z. B. die Jesuitenschule Sankt Georgen in Frankfurt/M.), berichtete über Begegnungen, Tagungen, Vorkommnisse etc., agitierte als Synodaler seiner Berliner Kirche mit Offenen Briefen, Flugblättern und Flugschriften gegen Dibelius und diente zugleich als Akteur und Informant über die Berliner Theologische Fakultät, über den Weißenseer Arbeitskreis, die westdeutschen Bruderschaften, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg, die EKD und die Evangelischen Studentengemeinden. Weiterhin unterhielt er als Reisekader – auch im direkten Auftrag des MfS – enge Kontakte nach Westdeutschland und Großbritannien.¹¹⁷

Nach den aufgefundenen Akten wurden auch die Berliner Universitätstheologen Karl-Heinz Bernhardt (IM „Jäger“ bzw. „Förster“, seit 1959)¹¹⁸, Gerhard Bassarak (IM „Buss“) und Hans-Georg Fritzsche (IM „Fritz“)¹¹⁹ sowie der M/L- Dozent Helmut Dressler (IM „Zange“ bzw. „Harry“, seit 1950)¹²⁰ als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS geführt, hatten Verpflichtungserklärungen unterschrieben, die konspirativen Arbeitsbedingungen akzeptiert sowie Prämien und Auszeichnungen entgegengenommen. Weniger vollständig sind die Akten der Theologen Heinrich Fink (IM „Heiner“), Dieter Kraft (IMS „Michael“), Michael Glombitza (IMS „Christian“) und Christian Stappenbeck (IMS „Bernhard Beckmann“).¹²¹ Noch nicht wissenschaftlich bearbeitet sind die als IM geführten Aleksander Radler (IMB „Thomas“)¹²², Horst Willenberg (IM „Bersarin“), IM „Stern“¹²³ und IM „Wächter“ (der Vorsitzende des Berliner Bezirksverbandes der CDU, Heinz-Rudolf Hoffmann)¹²⁴.

Aus allen bisher vollständig aufgefundenen Überlieferungsbeständen geht eindeutig hervor, daß die als IM geführten Theologen und Kirchenjuristen von ihrer Registrierung wußten, ihre Decknamen, die sie sich z.T. selbst ausgesucht hatten, kannten, konspirative Treffs mit ihren Führungsoffizieren vereinbarten und materielle bzw. ideelle Zuwendungen entgegennahmen.

116 BStU, Berlin, MfS PA 387/85, Bd. 1, pag. 57–59.

117 AaO., Bde 1–3. Vgl. auch Dietmar Linke, Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank. Darstellung der parteipolitischen Einflußnahme auf eine Theologische Fakultät in der DDR anhand von Dokumenten, Neukirchen-Vluyn 1994, 41 ff.

118 BStU, Berlin, MfS PA 7218/91, 4 Bde.

119 BStU, Berlin, MfS A 112/85, Bd. 1.

120 AaO., PA 186/85, 3 Bde.

121 Vgl. D. Linke, Theologiestudenten.

122 AaO., 69; 378.

123 BStU, MfS, HA XX/4, 10843/87..

124 BStU, MfS, HA XX/4 9005/68.

5. *Die Wahl des Bischofs der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg im April 1981 als Beispiel für die Beeinflussung kirchlicher Wahlen durch das MfS*

Die Überlegungen des MfS zur Berliner Bischofswahl 1981 wurden am 8.12. 1980 in einer Koordinationsberatung festgehalten. Das Ziel der Sitzung bestand in der Erarbeitung einer Konzeption.¹²⁵

MfS-Hptm. Rintorf (BV Potsdam) und MfS-Major Eversmeyer (KD Templin) erstatteten zunächst einen Bericht über die zweite Tagung des Bischofswahlkollegiums am 21. November 1980. Sie nannten die sieben Kandidaten, die in die engere Wahl gekommen waren. Danach erhielt Generalsuperintendent Forck (Cottbus) 17 Stimmen, Oberkirchenrat Demke (Berlin) 16 Stimmen, Propst Falcke (Erfurt) 12 Stimmen, Generalsuperintendent Bransch (Potsdam) 9 Stimmen, Superintendent Richter (Berlin) 9 Stimmen, Propst Winter (Berlin)¹²⁶ und Direktor Ziegler (Berlin) jeweils 7 Stimmen.¹²⁷

In dem Protokoll heißt es dann:

„In der Diskussion über die Kandidaten wurde festgelegt: Die 3 IM, die Mitglieder des Bischofswahlkollegiums sind, werden beauftragt (Potsdam 2, Templin 1), bei der nächsten Wahl für die engere Auswahl zu verhindern, daß Propst Falcke – Erfurt sowie Propst Winter – Berlin nicht mehr nominiert werden. Beide dürfen auf keinen Fall in die engere Wahl einbezogen werden. Es wurde weiter orientiert, in der Reihenfolge folgende Personen zu unterstützen: Demke-Berlin, Bransch-Potsdam, Richter-Berlin und Ziegler-Berlin. Da Generalsup. Forck-Cottbus zu den aussichtsreichsten Kandidaten zählt für das Amt des Bischofs, soll im Rahmen eines Langzeitprogramms

125 Vgl. BStU, Berlin, MfS OPK 603/88, Bd. 1. Vgl. auch die Vorlage Wilkes vom 26.9.1980 für die Dienstbesprechung des Staatssekretärs für Kirchenfragen am 29.9.1980, BA Potsdam, 0–4, 408. Darin schlug Wilke vor, den Weißenseer Arbeitskreis in Vorbereitung auf die Bischofswahl ein Positionspapier erarbeiten zu lassen. Außerdem teilte er die Mitglieder der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung in „positive Kräfte“ (Schönherr, Heilmann, Böhme), „schwankend, zu Schönherr neigend“ (Günther, Grüber), „Mitte“ (Schuppan, Bransch, Graewe), „Mitte, nach rechts neigend“ (Grünbaum, Becker, Kupas, Forck) und „Rechts“ (Winter, Furian, Boelke) ein.

126 Dem Staatssekretär für Kirchenfragen lag ein Biogramm über Winter vor, das vom Sektor Kirchenfragen des Berliner Magistrats angefertigt worden war. Darin heißt es: „In der Zeit, wo noch Generalsuperintendent Schmitt in Berlin amtierte, ist die Einsetzung von Winter auch als Angebot gegenüber den staatlichen Organen zu werten, die Beziehungen zu normalisieren. Dr. Winter hatte neben Dr. Rogge mit dazu beigetragen, daß vom Sprachenkonvikt, der Leitung und dem Lehrkörper, akzeptierbare Positionen zu unserem Staat bezogen wurden. In seiner Grundhaltung zum Sozialismus und zu unserem Staat gehört Dr. Winter zu den konservativen negativen Kräften in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, die die Kirche als 'kritisches Korrektiv' zum sozialistischen Staat verstehen bzw. Partner sein möchten. Das zeigt sich unter anderem in seinen Positionen zur sozialistischen Bildungspolitik, dem Wehrunterricht, Jugendgesetz u. a. (BA Potsdam, 0–4, 791, 37 f.); vgl auch einen Bericht über die staatliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Kirchenpolitik in der Hauptstadt der DDR aus dem Jahr 1980, IfGA ZPA IV B2/14/119, 249.

127 Vgl. BStU, Berlin, MfS OPK 603/88, Bd. 1. Vgl. auch Aktenvermerk Wilke vom 23.12.1980 zur Sitzung des Bischofswahlkollegiums am 21.11.1980, BA Potsdam, 0–4, 791, pag. 35 f.

Forck gewonnen werden. Es muß alles getan werden, um Forck nicht auf einen Konfrontationskurs zu zwingen.“¹²⁸

Im Blick auf die Einflußmöglichkeiten der Synodalen durch das MfS heißt es, daß von 110 Synodalen 12 IM seien. Durch weitere IM bestünden zwar Möglichkeiten der direkten Beeinflussung, doch sei es nicht möglich, „auf direktem Wege die Wahl direkt in unserem Sinne zu beeinflussen“¹²⁹.

Von den MfS-Dienststellen, die für die jeweiligen Kandidaten zuständig waren, wurden Auskunftberichte angefordert. Darüber hinaus sollte Hptm. Rintorf feststellen, aus welchem Grund der „negative Propst Winter“ einen Tag vor der nächsten Sitzung dieses Gremiums die Mitglieder des Bischofswahlkollegiums zu einer Teestunde in seine Wohnung eingeladen habe.

Weiterhin sollte der Weißenseer Arbeitskreis einen Rundbrief über die bevorstehende Bischofswahl mit dem Tenor organisieren, es müsse ein Bischof gewählt werden, „der den eingeschlagenen Weg des bisherigen Bischofs Schönherr fortsetzt“¹³⁰. Außerdem sollte Forck zu einem Vortrag vor diesem Kreis eingeladen werden, um nach außen hin zu dokumentieren, daß er sich den Weißenseern verbunden fühle.

Die Niederländisch-Ökumenische Gemeinde sollte um eine Betrachtung mit der vorgegebenen Zielstellung gebeten und Bischof Schönherr über Inoffizielle Mitarbeiter „dahingehend beeinflusst werden, daß er seine bisherige Inaktivität zur Bischofsnachfolge aufgibt. Schönherr muß überzeugt werden, daß es in seinem Sinne sein müsse, einen Bischof zu wählen, der seinen Weg fortsetzt und die Ergebnisse des Grundsatzgespräches vom 6.3.78 weiterführt“¹³¹.

Sechs Wochen später fand eine weitere „Koordinierungsberatung“ statt. Wie beim Treffen zuvor, erstattete Hptm. Rintorf wieder Bericht über die Tagung des Bischofswahlkollegiums, die diesmal am 16. Januar 1981 stattgefunden hatte. Gleich eingangs wurde hervorgehoben:

„Als wichtigstes Ergebnis dieser Tagung sind die Rücktritte von der Bischofskandidatur durch Propst Falcke (Erfurt), Propst Winter (Berlin) und Superintendent Richter (Berlin) zu bewerten. Damit ist ein wesentliches Ziel der operativen Maßnahmen, die Wahl von Propst Falcke oder Winter zu verhindern, erreicht worden.“¹³²

Bei der erneuten Abstimmung im Bischofswahlkollegium über die noch verbliebenen vier Kandidaten erhielt Demke 22 Stimmen, Forck 18, Ziegler 13 und Bransch 9 Stimmen. Allerdings wurde die Wahl für ungültig erklärt

128 Aktenvermerk Domeyer vom 20.12.1980 über Koordinierungsberatung am 8.12.1980 in der BV Berlin, BStU, Berlin, MfS OPK 603/88, Bd. 1, pag. 67–69.

129 AaO.

130 AaO.

131 AaO.

132 Aktenvermerk Hasse vom 28.1.1981 über Koordinierungsberatung in der BV Berlin am 22.1.1981, BStU, Berlin, MfS OPK 603/88, Bd. 1..

und ihre endgültige Wiederholung auf den 27. März 1981 vertagt, da ein Mitglied des Bischofswahlkollegiums nicht hatte teilnehmen können und sein Stellvertreter nicht eingeladen worden war. Die Probeabstimmung war für das MfS dennoch von großer Bedeutung, weil „unter Berücksichtigung der von IM wiedergegebenen Stimmungen und der Stimmverteilung vom 16.1.1981 ein gewisser Trend für Oberkirchenrat Demke als Bischofsnachfolger abzulesen ist, während bezüglich Generalsuperintendent Forck ein gewisser Rückgang feststellbar ist.“¹³³ Dieser Trend entsprach ganz den Wünschen der SED und sollte auch mit den Mitteln des Geheimdienstes weiter verstärkt werden:

„Es wurde im Ergebnis der Diskussion festgelegt, durch gezielten IM-Einfluß diese Tendenz für Demke weiter zu verstärken, um eine Wahl von Generalsuperintendent Forck nach Möglichkeit zu verhindern.“¹³⁴

Die vorsichtige Zuversicht der MfS-Offiziere, daß ihr Wunschkandidat die Wahl für sich entscheiden möge, wird durch eine interessante Überlegung ergänzt, die den Ausgang der Bischofswahl in seiner kirchenpolitischen Bedeutung entscheidend relativiert:

„Darüber hinaus wurde eingeschätzt, daß die Übernahme der Funktion des Konsistorialpräsidenten der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg durch Oberkonsistorialrat Stolpe ab 1.1.1982 die Kontinuität des von Bischof Schönherr eingeschlagenen Weges im Verhältnis zum Staat gewährleistet, unabhängig davon, wer als neuer Bischof gewählt wird. Dies um so mehr, da man möglicherweise Stolpe als 2. Mann in die Konferenz der Evangel. Kirchenleitungen des Bundes zu wählen beabsichtigt.“¹³⁵

Mit anderen Worten: Sollte die Bischofswahl nicht das erhoffte Ergebnis zeitigen, meinte man dies verkraften zu können, weil man Stolpe als Garanten für die Fortsetzung des bisherigen kirchenpolitischen Kurses betrachtete. Das MfS sah die Berlin-Brandenburgische Bischofswahl vom April 1981 und Stolpes Dienstantritt als Konsistorialpräsident derselben Kirche nur ein dreiviertel Jahr später jedenfalls in einem engen Zusammenhang.¹³⁶

Nach außen hin – und das hieß in diesem Falle auch gegenüber dem Staatssekretariat für Kirchenfragen – sollte der Eindruck erweckt werden, als kümmere sich der Staat gar nicht um die Bischofswahl:

133 AaO.

134 AaO.

135 AaO. Vgl. zu Stolpe: M. Stolpe, *Schwieriger Aufbruch*, Berlin 1992; R.G. Reuth, *IM Sekretär. Die 'Gauck-Recherche' und die Dokumente zum 'Fall Stolpe'*, Frankfurt/M.-Berlin 1992; E. Neubert, *Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Dr. Manfred Stolpe*, Potsdam 1993.

136 Im Aktenvermerk Wilke vom 23.12.1980 für Staatssekretär Gysi heißt es: „Die Kirchenleitung hat sich mit der Frage beschäftigt, ob OKR Stolpe nun im Jahre 1981 als Konsistorialpräsident nach Berlin-Brandenburg zurückkehren soll. Es wurde nahezu einmütig festgelegt, daß Stolpe ernsthaft gebeten werden soll, noch im Jahre 1981 diese Funktion zu übernehmen. Die progressiven Kräfte engagieren sich hier sehr stark, denn sie wünschen sich Stolpe dann als 'Gegengewicht' zu dem vermutlich dann neu gewählten Bischof Dr. Forck“ (BA Potsdam, 0–4, 791, 35 f.).

„Über die HA XX/4 wird beim Staatssekretariat für Kirchenfragen darauf eingewirkt, daß seitens staatlicher Organe bezüglich der Bischofswahl in Berlin-Brandenburg keine Gespräche mit kirchlichen Vertretern geführt werden. Sollten Kirchenvertreter diese Problematik selbst ins Spiel bringen, ist von staatlicher Seite darauf hinzuweisen, daß die Bischofsnachfolge eine innerkirchliche Angelegenheit ist.“¹³⁷

Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, ging seit Herbst 1980 von der Wahl Forcks aus. Nach den ihm zugegangenen Informationen war Demke gar nicht bereit, in Berlin zu kandidieren. Propst Falcke habe hingegen die Absicht, sich in der Kirchenprovinz Sachsen um das Bischofsamt zu bewerben. „So bleiben de facto Dr. Forck und Generalsuperintendent Bransch. Die Tendenzen stehen aber positiver für Dr. Forck.“¹³⁸

Am 15. Januar 1981, also einen Tag vor der Zusammenkunft des Bischofswahlkollegiums, gab Stolpe auf eigenen Wunsch dem persönlichen Referenten des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Horst Dohle,¹³⁹ „unter vier Augen . . . Informationen mit der Begründung . . ., daß er wünsche, daß unser Haus [scil. die Behörde des Staatssekretärs] sie intern wisse und diskret verwende“¹⁴⁰. Dohle hielt zusammenfassend fest:

„Stolpe wird ab 1.1.1982 die Funktion des Konsistorialpräsidenten in Berlin-Brandenburg übernehmen. Nachdem die Berufung nunmehr durch die Landeskirche das zweite Mal erfolgt sei, habe er zugesagt, eine frühere Berufung habe er, einem Wunsch der KKL folgend, abgelehnt. Er glaube die jetzige Entscheidung verantworten zu können, weil im Apparat des BEK inzwischen genug Leute vorhanden seien, die die Garantie für die Fortsetzung der bisherigen konstruktiven und weithin von Stolpe selbst geprägten Linie geben (Rogge, Demke, Lewek, Günther). Stolpe werde unter Umständen in Berlin-Brandenburg nötiger gebraucht als im Bund, weil die Nachfolge Schönherr in dieser Landeskirche noch unklar sei, weil es im Bischofswahlkollegium verrückt zugehe und weil diese Landeskirche in der KKL eine gewisse Schlüsselfunktion habe. Stolpe weise immer kirchliche Argumente zurück, die behaupten, er übernehme diese Funktion in Berlin-Brandenburg nur, um später Stellvertreter des Vorsitzenden der KKL und Verbindungsmann der KKL zu den Staatsorganen zu werden. Diese Lesart sei falsch. Hätte er die Berufung der Berlin-Brandenburgischen Kirche jetzt erneut abgelehnt, dann hätten sich

137 Aktenvermerk Hasse vom 28.1.1981 über Koordinierungsberatung in der BV Berlin am 22.1.1981, BStU, Berlin, MfS, OPK 603/88, Bd. 1.

138 Aktenvermerk Wilke vom 23.12.1980, BA Potsdam, 0–4, 791, 35.

139 Horst Dohle (geb.1935) wurde zunächst in Dresden (Reg.-Nr. XII 775/89), dann in Berlin als IM geführt. Die Berliner Akten wurden aufgrund eines Löschbefehls, datiert vom 9.12.1989, vernichtet. Außerdem liegt eine Teilablage vor (BStU, A 95/89, Teil II, Bd. 1). Vgl. dazu G. Besier, Bischof Hempel wollte sich nicht vereinnahmen lassen, in: Rheinischer Merkur Nr. 21 vom 27.5.1994, 23; siehe auch Der Spiegel vom 26.6.1994, 38.

140 Aktenvermerk Dohle vom 16.1.1981 über Gespräch mit Stolpe am 15.1.1981, BA Potsdam, 0–4, 427.

dort Argumente gegen ihn verstärkt, wonach er Berufungen der ihn delegierenden Landeskirche ausschlägt, nur um im BEK weiter große Politik zu machen. Dies aber würde ihm selbst in seiner Stellung schaden. Zur Zeit werden in einem kleinen Kreis im BEK Tätigkeiten Schönherrs ausgewertet mit dem Ziel, ein System von strukturellen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen, um damit strukturelle Voraussetzungen für die Fortsetzung von Schönherrs Kurs zu schaffen. Dabei wird unter anderem eine Zusammenfassung und Konzentration der Aufgaben im BEK in einer solchen Weise diskutiert, daß der Vorsitzende des BEK künftig nur wenig allein entscheiden kann. Es sollen Strukturen geschaffen werden, die den Vorsitzenden ständig veranlassen, Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit mit einem sachkundigen Gremium vorher zu beraten. Es werden also gegenwärtig Versuche unternommen, die strukturell die realistische Linie des BEK festzuschreiben [sic!], um nach dem Ausscheiden Schönherrs Nachfolgerkämpfe zu verhindern. Die nächste Legislaturperiode im BEK bis Ende 1983 werde etwas unruhiger werden als die bisherige. Es gebe in der KKL aber einige vernünftige Kräfte, die die Fortsetzung des bisherigen Kurses gewährleisten (Gienke [Bischof in Greifswald], Leich [Bischof in Thüringen], Wollstadt [Bischof in Görlitz], Stolpe). Diese Kräfte nehmen darauf Kurs, als Nachfolger im Vorsitz des BEK Bischof Krusche [Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg] zu gewinnen. Er erscheine als der profilierteste nach Schönherr. Damit sind alle in der KKL, auch die Sachsen, einverstanden. Krusche selbst hat dem auch zugestimmt, aber die Bedingung gestellt, daß Stolpe dann im Amt als Leiter des Sekretariats des BEK bleibt. Dies ist angesichts seiner Berufung nach Berlin-Brandenburg aber nicht möglich. Stolpe hat als einziger Nichtmagdeburger von Krusche die Erlaubnis erhalten, ihn zu dienstlichen Zwecken im Krankenhaus in Haldensleben zu besuchen. Krusche soll dabei davon überzeugt werden, daß er die Funktion des BEK-Vorsitzenden annimmt, auch wenn Stolpe am 1.1.1982 aus seiner jetzigen Funktion ausscheidet. Ziel ist dann weiter, Krusche von seinen Magdeburger Beratern zu trennen, weil die ihn politisch sehr schlecht beraten. Krusche sei aber nicht ein so hochgradig politischer Mensch, daß er die Bösartigkeit dieser Ratschläge schnell durchschaue, es bestehe dann vielmehr die Gefahr, daß er schnell und unüberlegt öffentlich redet.

Es werde also daran gearbeitet, daß Krusche sich vor öffentlichen Äußerungen mit dem Stab des BEK berät. Der BEK werde auch im Fall der Wahl Krusches nicht von Magdeburg, sondern von Berlin aus geleitet. Stolpe bittet, wenn Gefahr im Verzuge ist, sofort um Verständigung mit den Staatsorganen und um Beratung im kleinen Kreis. Diese Praxis habe sich bewährt. Angesichts der zu erwartenden leisen Unruhe in der nächsten Legislaturperiode komme dem Lutherkomitee als stabilisierendem kirchenpolitischen Faktor hohe Bedeutung zu. Für die Legislaturperiode nach 1983 ist Stolpe auch personell optimistisch.“

Bei der für anschließend ungültig erklärten Wahl des Bischofswahlkollegiums am 16. Januar 1981 hatten Demke und Ziegler je 6 Stimmen mehr erhalten als bei der Wahl im Herbst 1980. Da sich das Bischofswahlkollegium darauf geeinigt hatte, nur die Kandidaten auf die Wahlliste zu setzen, die bei der Märzsession 1981 mehr als 50% der Stimmen dieses Gremiums erhielten, genügte der immerhin beachtliche Zuwachs für Ziegler, der nun 13 Stimmen auf sich vereinigen konnte, immer noch nicht. Deshalb vereinbarten die MfS-Offiziere, „durch IM im Bischofswahlkollegium ... darauf Einfluß zu nehmen, daß Direktor Ziegler ... 50% der Stimmen erhält“¹⁴¹. Auf Bransch, der bei der Januar-Wahl nur 9 Stimmen auf sich vereinigen konnte, wollte man wohl verzichten

Daß außer Demke auch Forck auf die Wahlliste kommen würde, ließ sich nach dem Stand der Dinge nicht verhindern. Um seine Wahlchancen im April 1981 dennoch zu verringern, vereinbarten die MfS-Offiziere folgende Strategie:

„Durch IM der BV Potsdam im Bischofswahlkollegium wird angeregt, unmittelbar nach der Zusammenkunft am 27.3.1981 die auf die Wahlliste gesetzten Bischofskandidaten den Synodalen mitzuteilen. Dadurch ergeben sich Möglichkeiten, im Rahmen einer Diskussion vor dem eigentlichen Wahlakt Forcks Chancen weiter einzuschränken. Zu diesem Zwecke ist insbesondere das von Forck verbreitete Gerücht zu nutzen, wonach er auf eine Kandidatur zur Bischofswahl verzichten würde. Eine Veröffentlichung der Wahlliste mit Forcks Namen würde offensichtlich im Widerspruch zu seiner bekundeten Absicht stehen, so daß dies bei geschickter innerkirchlicher Verbreitung mittels IM zu Stimmeinbußen für ihn führen könnte.“¹⁴²

Auch aus einem Gespräch Döllings vom Bezirk Cottbus mit Superintendent i.R. Paul Schüler (ehemals Cottbus) vom 20. Januar 1981 nahm jener den Eindruck mit, daß es „bei der Abstimmung sicher auf einen Zweikampf Demke/Forck“¹⁴³ hinauslaufe, wobei Schüler keinen Zweifel an seiner Wertschätzung für Demke und seiner Geringschätzung für Forck ließ.¹⁴⁴

Auch bei der Bischofswahl in Görlitz 1985 war Propst Heino Falcke wieder mit von der Partie. In einer Information des Rates des Bezirkes Dresden, Sektor Staatspolitik in Kirchenfragen, vom 9.7.1985 heißt es jedoch, Falcke habe seine Kandidatur „kurzfristig zurückgezogen“ und handschriftlich ist

141 Aktenvermerk Hasse vom 28.1.1981 über Koordinierungsberatung in der BV Berlin am 22.1.1981, BStU, Berlin, MfS OPK 603/88, Bd. 1.

142 AaO.

143 Aktenvermerk Dölling vom 20.1.1981 über Gespräch mit Schüler, IfGA ZPA IV B2/14/82.

144 „Sch. ist der Meinung, wenn Forck gewählt werden sollte, würde vieles von dem, was Bischof Schönherr auf politischem Gebiet an Vertrauen zu Staat und Gesellschaft und umgekehrt aufgebaut habe, in Frage gestellt, da Forck einfach nicht das Geschick und das Wissen von Schönherr mitbringe und sich auch selbst zu kontrollieren schwer in der Lage ist. Natürlich müsse man bei ihm auch einen gewissen Ehrgeiz sehen und das Wissen, altersmäßig so zu stehen, daß die Möglichkeit, Bischof zu werden, für ihn kaum wieder gegeben ist“, aaO.

in Klammern hinzugefügt: „OKR Winde führte mit ihm vorher Gespräch in Erfurt“. Von den beiden verbliebenen Kandidaten, Harald Schulze und Joachim Rogge, erhielt letzterer im vierten Wahlgang 38, ersterer 31 Stimmen. Weiter heißt es in der o.g. Information: „Die loyalen und realistischen Kräfte der Görlitzer Kirche nahmen dieses Ergebnis mit Genugtuung auf. Einige sprachen von ihrem Wunsch Kandidaten.“ Rogge war beim MfS, HA XX/4, unter der Registriernummer XV/5251/77 als IMS „Ferdinand“ registriert. Die Akten sind vollkommen vernichtet worden; auch eine Teilablage wurde bisher nicht gefunden. Allerdings gab MfS-Oberstleutnant Naumann, Leiter der Kreisdienststelle Görlitz, folgende persönliche „Information“ an Oberst Joachim („Jochen“) Wiegand nach Berlin weiter:

„In einem 4-Augen-Gespräch zwischen dem IME 'Michael', Reg.Nr. 2137/85, meiner Dienst Einheit und Bischof Rogge am 16.6.1989, in welchem eine Auswertung zu den Gesprächen zwischen Rogge und Gen. Modrow erfolgte, äußerte Rogge streng vertraulich, daß er gemeinsam mit dem IME aus Gläsern eines Kristallservice trinke, welches er als Geschenk des MdI für seine vertraulichen Dienste beim Luther-Jahr erhalten habe. Dabei betonte er seine guten Beziehungen zu 'Jochen' in Berlin, aber der IM sollte nicht darüber reden. . . Da es sich beim IME um eine überprüfte und zuverlässige Quelle handelt, ist trotz der Vermutung, daß dieser eine Beziehung zum MfS herstellt, keine Gefahr einer möglichen weiteren Dekonspiration gegeben. Der IME informierte lediglich seinen Führungsoffizier, Major Posselt, vom genannten Sachverhalt.“¹⁴⁵

6. *Zur Einschätzung kirchenleitender Persönlichkeiten durch das MfS, den Staatssekretär für Kirchenfragen und die SED anhand ausgewählter Beispiele*

Vor dem Hintergrund der Vorgänge um die Berliner Bischofswahl ist die stets gleichgebliebene Einschätzung beider Spitzenkandidaten durch das MfS, die SED und den Staatssekretär für Kirchenfragen interessant.

Obwohl Forck nach dem Urteil der SED „den Sozialismus als die bessere und gerechtere soziale Ordnung, der die Zukunft gehört“¹⁴⁶, ansah, galt er – wie übrigens Heino Falcke auch – immer als „negative Kraft“¹⁴⁷. Insbesondere

145 Information Naumann vom 11.7.1989 an Wiegand, BStU Berlin, AIM 8865/90.

146 Niederschrift Wilke vom 14.4.1977 über ein Gespräch mit Forck am 11.4.1977 im Rat des Bezirks Cottbus, IfGA ZPA IV B2/14/119.

147 Vgl. z. B. Gespräch Pfarrer Matzke (Direktor der Samariteranstalten in Fürstenwalde) mit einem Vertreter des Sektors Kirchenfragen beim Rat des Bezirks Frankfurt/O. am 11.6.1980, IfGA ZPA IV B2/14/146, 112 f.; siehe auch das Protokoll über ein Gespräch des Stellv. d. Vors. f. Inneres beim Rat des Bezirks Cottbus mit Forck am 3.10.1980, IfGA ZPA IV B2/14/134, 283 f. und das im Oktober 1980 angefertigte Forck-Biogramm, IfGA ZPA IV B2/14/69. In dem letztgenannten Papier heißt es: „Trotz der vorhandenen Widersprüchlichkeit muß F.[orck] insgesamt als ein politischer Gegner des real existierenden Sozialismus in der DDR eingeschätzt werden, der mit sozialdemokratischen

die Differenzen zwischen Schönherr und Forck wurden seitens der SED sorgfältig registriert. So heißt es etwa in einem SED-Bericht über die 4. Tagung der 3. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom September 1980: „In einem Pressegespräch unter Anwesenheit von Westjournalisten kam es zu einer heftigen Kontroverse zwischen Bischof Schönherr und Generalsuperintendent Forck, Cottbus. Während Schönherr die Klärung von Volksbildungsfragen zwischen Staat und Kirche sachlich darstellte und eine Besserung seit dem 6.3.1978 feststellte, behauptete Forck, daß sich nichts geändert habe, nach wie vor Benachteiligungen von Kindern christlicher Eltern an der Tagesordnung seien und daß dies die wahre Linie der Regierung und nicht die Entgleisungen niederer Funktionäre sei.“¹⁴⁸

Nach der 3. Ordentlichen Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom April 1981 gab es ein Gespräch zwischen Gysi und Schönherr, in dessen Verlauf der noch amtierende Bischof, nach der Aufzeichnung des Staatssekretärs, den Pressereferenten Günther als „sehr loyal“ bezeichnet und über Forck gesagt haben soll, er habe den Fehler, „zu scharf, zu spontan und zu unüberlegt zu reagieren“¹⁴⁹. Nach der gleichen Quelle soll Stolpe die Synode ein „drittklassiges Provinztheater“ genannt haben. Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED faßte zusammen, Forck habe ein „sozial-reformerisches Konzept, den Sozialismus von innen her zu verbessern“¹⁵⁰, propagiert. „Nach der Wahl des neuen Bischofs“, lautete die Schlußfolgerung der Parteifunktionäre, „ist der 'Weißenseer Arbeitskreis' als ein wichtiges Instrument zur Zurückdrängung negativer Kräfte in der Landeskirche entschieden zu profilieren.“

Ganz wie ehemals vom MfS festgelegt, suchte der Staat nach der Wahl Forcks den neuen Berlin-Brandenburgischen Bischof zu gewinnen. Staatssekretär Gysi, der am 10. Oktober 1981 ein zweistündiges Gespräch mit Forck führte, gab danach folgende Einschätzung:

„Forck war außerordentlich zurückhaltend. Einerseits vermied er es, offen seine Meinung zu sagen, andererseits fühlt er sich meines Erachtens tatsächlich sehr unsicher und ist vorsichtig. Meinem Eindruck nach ist er von seiner Persönlichkeit her keineswegs so stark, wie er sich den Anschein gibt, und hat schon halb und halb verstanden, daß er als Bischof in einen neuen Lernprozeß eintritt, in dem er auch einige Positionen verändern muß. Auf jeden Fall kommt es darauf an, von Anfang an intensiv mit ihm zu arbeiten und an ihm 'dran zu bleiben', denn er ist keineswegs das, was man eine fertig

Modellvorstellungen den Sozialismus 'menschlicher' gestalten will. Dazu möchte F. die Kirche als gesellschaftliche Kraft in der DDR etablieren und sie als kritisches Korrektiv gegenüber unserem sozialistischen Staat benutzen.“

148 IfGA ZPA IV B2/14/88, 73 f.

149 Information Gysi vom 30.4.1981 über ein Gespräch mit Schönherr am selben Tag, IfGA ZPA, IV B2/14/42, 11–15, Zitate: 12; 15.

150 IfGA ZPA IV B2/14/123, 1–9. Das folgende Zitat ebd.

geprägte Persönlichkeit nennt. Wahrscheinlich hat er sogar einen Hang zum Lavieren.“¹⁵¹

Der intensiven Förderung Demkes durch die staatlichen Stellen korrespondierte seine durchgängige Einschätzung als einer „positiven“ Kraft.

Darum verfolgte man die Bemühungen Stolpes, ihn für die Nachfolge als Leiter des Sekretariats des Bundes zu gewinnen, mit deutlicher Sympathie. Ein Mitarbeiter des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Wilke, der mit Frau einer privaten Einladung ins Haus Stolpe gefolgt war, konnte an seine Dienststelle folgende Informationen weitergeben:

„Der Plan der Sächsischen Landeskirche, anstelle von Stolpe einen Vertreter der sächsischen Kirche (wahrscheinlich Präsident Domsch) als Sekretär des Bundes in Berlin zu etablieren, konnte auf der KKL-Sitzung in Krummhennersdorf abgebogen werden. Jetzt steht Dr. Demke auf der Liste der für diese Funktion in Frage Kommenden an erster Stelle. Aber auch bei ihm gibt es einen Druck aus der Magdeburger Kirche. Da Demke selbst zur theologischen Arbeit neigt, will man ihn als Leiter des Predigerseminars in Gnadau einsetzen. Diesen Wunsch hat Demke auch. Stolpe versucht jetzt, ihn als seinen Nachfolger zu gewinnen und einzuarbeiten. Er soll das für drei Jahre machen. Dann geht Generalsuperintendent Grünbaum (Berlin) in den Ruhestand, für ihn soll er dann der Nachfolger werden. Für die Funktion des Sekretärs würde in diesen drei Jahren der bisherige Jugendmitarbeiter Dogerloh aufgebaut. Gelänge das nicht, würde eine Doppelbesetzung durch die OKR Dr. Zeddies und Dr. Rogge ins Auge gefaßt. Dann wäre Dr. Zeddies der Gesprächspartner für die staatlichen Organe. Sollte es gelingen, Bischof Krusche bis 1983 als Vorsitzenden der KKL amtierend zu lassen, müßte es zu erreichen sein, daß Bischof Leich sein Nachfolger wird. Dazu gibt es bereits jetzt eine deutliche Zustimmung bestimmter Teile der KKL. Als Nachfolger für Generalsuperintendent Forck (Cottbus) ist Sup. Richter aus Berlin vorgesehen. Er gehört zu den loyalen Kräften. Stolpe schätzte hoch ein, daß sich die staatlichen Organe nicht in die Bischofswahl in Berlin-Brandenburg eingemischt haben. Die KKL vertritt die Auffassung, daß sich hier sachliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit bewährt hat.“¹⁵²

In einer MfS-Information über den Differenzierungsprozeß kirchenleitender Kräfte im Jahr 1984 wurden die Bischöfe Hempel (Dresden), Leich (Eisenach), Gienke (Greifswald) und Demke (Magdeburg) sowie Stolpe als diejenigen genannt, die „wiederholt mit politisch realistischen Haltungen öffentlich

151 BA Potsdam, 0-4, 434, 159-161.

152 Vertraulicher Vermerk Wilke vom 9.6.1981 über Gespräch mit Stolpe am 6.6.1981, IfGA ZPA IV B2/14/42, 29-31.

in Erscheinung“¹⁵³ getreten seien. In diese Kategorie gehörten nach MfS-Einschätzung zu diesem Zeitpunkt und ohne Anspruch auf Vollständigkeit außerdem Oberkonsistorialrat Plath (Greifswald), Präses Wahrmann (Wismar), Pressereferent Günther (Potsdam), Präsident Rogge (Berlin), Oberkirchenrat Petzold (Berlin), Oberkirchenrat Rau (Dresden), Moderator Grüber (Hohenbruch) und Moderator Frielinghaus (Bergholz), Präses Kootz (Dessau), Präses Affeld (Greifswald), Oberkirchenrat Mitzenheim (Eisenach), Oberkirchenratspräsident Müller (Schwerin) und Präses Karpinski (Berlin).

Als „politisch negativ“ wurden u. a. die Bischöfe Forck (Berlin), Stier (Schwerin) und Wollstadt (Görlitz), Kirchenpräsident Natho (Dessau), Präsident Domsch (Dresden) und Konsistorialpräsident Kramer eingestuft.

Interessant an dieser und anderen Einschätzungen ist, daß sie für bestimmte Persönlichkeiten konstant blieben und bei anderen wechselten. Schließlich fällt auf, daß in der Kategorie „positiv-realistisch“ ohne Unterscheidung solche aufgeführt wurden, die auch als IM geführt wurden und andere, bei denen dies nicht der Fall war. Hier wird einmal mehr deutlich, daß es sich um eine unzulässige Betrachtungsweise des Problemkomplexes handelt, wenn man das MfS nicht als integrierten Bestandteil des Gesamtsystems versteht und losgelöst von der Partei und anderen Staatsstellen betrachten will. Man mußte als Theologe nicht für das MfS arbeiten, um von dem Geheimdienst „positiv“ eingeschätzt zu werden. Vielmehr scheint das Maß an „DDR-Verbundenheit“, ausgedrückt in einem gewissen außen- und innenpolitischen Konsens mit dem SED-Regime, entscheidend für die Kategorisierung gewesen zu sein. Bestimmte Formeln und Stichworte, öffentlich rezipiert, kreiert, rezitiert und propagiert, bildeten dabei die wichtigste Beurteilungsgrundlage. Man wurde danach beurteilt, wie man etwa „Kirche im Sozialismus“ inhaltlich füllte, ob man von einem bestehenden „Grundvertrauen“ der Kirchen zum Staat redete, wie man „oppositionelle Kräfte“ bezeichnete und mit welchen Worten die westliche Presse belegt wurde. Stimmt ein Theologe in die kollektive DDR-Beurteilung der USA, der Bundesrepublik, der Rolle der UdSSR in Afghanistan oder in die offizielle Lesart der studentischen Konterrevolution in China ein, sammelte er Pluspunkte. Alle binnenkirchlichen „Neuerungen“ (moderne Gottesdienstformen, offene Jugendarbeit etc.) galten als prinzipiell verdächtig.

7. *Ausforschung der westlichen Landeskirchen und der EKD durch das MfS am Beispiel der sog. Ost-Denkschrift*

Die Aktenbestände der für die Auslandsspionage zuständigen HVA wurden in der DDR nahezu völlig vernichtet. Da es eine Vereinbarung zwischen den

¹⁵³ Archiv Bürgerbewegung e.V., Leipzig; vgl. auch Chr. Dietrich/U. Schwabe, Friedensgebete in Leipzig 1980–1989, Hamburg 1994.

östlichen Geheimdiensten gab, die Datenträger auszutauschen, ist gegenwärtig noch ungewiß, ob in Moskau, Prag, Warschau oder Budapest diese Bestände noch vorhanden sind. Aus US-amerikanischen Quellen, deren Herkunft offiziell als unbekannt gilt, gelangen derzeit Bruchstücke in die Hände des Bundesnachrichtendienstes, die noch Ende des Jahres 1993 an die Behörde des Bundesbeauftragten abgegeben werden sollten. Einige für den kirchlichen Bereich wichtige Materialien aus der HVA gelangten auf dem Wege der Kooperation zwischen den MfS-Abteilungen freilich auch an die HA XX/4. Die meisten der bisher bekanntgewordenen Fälle entstammen solchen raren Funden. Allein der Fall des Bonner Pfarrers Gottfried Busch konnte bisher mit Hilfe der aus den USA kommenden Unterlagen aufgeklärt werden.¹⁵⁴

Allerdings handelte es sich bei Busch um einen klassischen Fall eines Auslandsagenten, der vor allem auf außerkirchliche Fragestellungen angesetzt war. In der Gemeinde des Pfarrers wohnten viele Bonner Spitzenbeamte, die er auszuspähen hatte. Ansonsten bearbeitete die HA XX/4 durch das Ref. IV, das für die „Arbeit im und nach dem Operationsgebiet“ zuständig war, auch die Kirchenangelegenheiten im Ausland.¹⁵⁵ Wie der 1992 veröffentlichte Bericht von Hubertus Knabe zeigt, legte Wiegands Kirchenabteilung auch OV-Akten über Westdeutsche an.¹⁵⁶

Anfang Januar 1994 wurden die West-Berliner Pfarrer Horsta und Ulrich Krum (IM „Helena“ und IM „Horich“) wegen des Verdachts langjähriger konspirativer Kontakte zu SED-Stellen sowie der Verletzung ihrer Dienstverschwiegenheit ohne Anhörung beurlaubt.¹⁵⁷ Die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes hat für den Zeitraum von 1971 bis 1984 über 900 Blätter Belastungsmaterial zusammengestellt, aus dem hervorgeht, daß die beiden das MfS mit internen Unterlagen der reformierten Kirche sowie sonstigen Informationen und Einschätzungen belieferten, einzelne Personen denunzierten und Quittungen unterzeichneten.¹⁵⁸ Die IMs waren bei der Potsdamer MfS-Bezirksverwaltung, Abt XX/4 registriert (Reg.-Nr. IV/1662/74); dann erfolgte eine Umregistrierung nach Berlin. Über ihre Decknamen waren die Pfarrer laut Akten nicht informiert. Nach Überzeugung ihres Führungsoffiziers wußten sie aber, für wen sie arbeiteten, und waren um Konspiration bemüht.

154 Vgl. hierzu und den bisherigen „West“-Fällen *idea Spektrum* 44/1993 vom 4.11.1993, 4.

155 Vgl. den in Besier/Wolf, aaO., 816, abgedruckten Lageplan. Siehe auch die durch dieses Referat im Jahre 1969 geplanten Werbungen, aaO., 282 f.

156 Vgl. H. Knabe, Akteneinsicht eines Westdeutschen, in: Hans Joachim Schädlich (Hg.), *Aktenkundig*, Hamburg 1993 (Taschenbuchausgabe des 1992 unter gleichnamigem Titel bei Rowohlt-Berlin erschienenen Bandes).

157 Vgl. DAS vom 21.1.1994, 15 und FAZ vom 19.2.1994, 4. Ferner: Aus der Akte „IM Helena“. Die Westberliner Pfarrerin Horsta Krum und die Stasi, epd-dok 16/1994 vom 28.3.1994.

158 BStU, Berlin, AIM Potsdam 1552/84.

Im Oktober 1965 berichtete das MfS über Hintergründe des Zustandekommens der Ostdenkschrift der EKD.¹⁵⁹ Ludwig Raiser, Tübinger Professor für Rechtswissenschaft und Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, sei deren Verfasser. Der eigentliche Anstoß zur Erarbeitung der Denkschrift sei von der Bundesregierung gekommen. Die evangelische Kirche leiste damit einen „Beitrag zur Bekämpfung der östlichen Propaganda über den angeblichen Revanchismus der Bundesrepublik“¹⁶⁰, zitiert der Bericht aus einer unbekanntem Vorlage. Als Vermittler zwischen der Bundesregierung und der EKD hätten der Bundestagsabgeordnete und Leiter des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU, Majonion, und der Beauftragte des Auswärtigen Amtes in West-Berlin, von Keudell, fungiert. Die evangelische Kirche sei von Bischof Scharf und Konsistorialrat von Wedel, beide Berlin, vertreten worden. Zwischen dem 11. und dem 16. Oktober 1965 habe es auch Konsultationen mit EKD-Vertretern aus der DDR gegeben.

In Bonn werde erwogen, nach der offiziellen Veröffentlichung der Denkschrift eine „gemäßigte“ Erklärung zur Oder-Neiße-Frage“ abzugeben.

Nach einer ausführlichen Paraphrase des Inhalts der Denkschrift heißt es: „Aus dieser Information dürfen im Interesse der Sicherheit der Quellen lediglich die Angaben über den Inhalt der Denkschrift publizistisch ausgewertet werden.“¹⁶¹

III. *Das Verhalten der Kirchenleitungen gegenüber dem Stasiproblem nach 1989*

Nachdem schon Ehrhart Neubert sich in seinem Buch „Vergebung oder Weißwäscherei“ sehr kritisch zum Umgang der Kirche mit ihrer Vergangenheit geäußert hatte,¹⁶² thematisierte der Berliner Systematiker Wolf Krötke Anfang November 1993 noch einmal die „unerledigte Stasi-Debatte“. Beim Bedenken der Vergangenheit fehlten die genuinen theologischen Dimensionen einer reformatorischen Kirche wie z.B die Kategorie des Gewissens. „Es werden Kategorien der Taktik und des politischen Raffinements bemüht, die jede theologische Nachfrage gleichsam ins Leere laufen lassen.“¹⁶³ Statt theologischer Klarheit und geistlicher Demut herrsche eine „Mentalität des schwebenden

159 Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, in: Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 1/1, Gütersloh 1978, 77–126.

160 BStU, Berlin, MfS ZAIG, Z 1120, 1.

161 AaO., 8.

162 E. Neubert, Vergebung oder Weißwäscherei. Zur Aufarbeitung des Stasiproblems in den Kirchen, bes. 177 ff.

163 W. Krötke, Die unerledigte Stasi-Debatte, Teil I, in: DAS Nr. 45 vom 5.11.1993.

und vielfältigen Lavierens im kirchlichen Handeln und Reden“¹⁶⁴ vor. Insbesondere in der Personalisierung des Problems in der Gestalt Stolpe sieht Krötke eine Hauptschwierigkeit für die sachgemäße theologische Reflexion des Komplexes. „So etwas [scil. volles Vertrauen zu Stolpe und die Übernahme der Verantwortung für sein Verhalten durch die vormaligen ahnungslosen Bischöfe] ist aber nach dem, was wir heute von diesen Stasi-Kontakten wissen, mit dem Wesen evangelischer Kirchenleitung nicht in Einklang zu bringen. Das individuelle Vertrauen zu einer Person überlagert hier die Wahrnehmung gesamtkirchlicher Verantwortung. Was not tut, ist die entschlossene Entflechtung dieser Konstellation.“¹⁶⁵

Eine Woche, nachdem Krötkes Artikel im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt erschienen war, thematisierte Stolpe in demselben Organ – als Wort zum Totensonntag – sein Verständnis eines verantwortlichen Lebens im Blick auf sich selbst und andere. Die Andacht nimmt sich wie eine Antwort auf Krötkes beharrliches Fragen aus. „Die vom Glauben gewiesene Bindung des Gewissens verpflichtet in besonderer Weise und gibt zugleich jene innere Freiheit eines Christenmenschen, die unabhängig macht von Gunst und Ideologie und eine eigenständige Wahrnehmung echter Verantwortlichkeit erst ermöglicht. Es erfordert einen beherzten Sinn, aber auch ein Wissen um Schuld und Vergebung, um bereit zu sein, sich der Letztverantwortung vor Gott und den Menschen zu stellen.“¹⁶⁶

Ebenfalls wie ein Echo auf die Diskussion nehmen sich die Meldungen über die Ergebnisse der Überprüfungsausschüsse der Anhaltischen Kirche und der Evangelischen Kirche der schlesischen Oberlausitz aus. Da sich bei nur 14 der 526 überprüften Fälle belastende Hinweise ergeben hätten, so die Dessauer Kirchenleitung, könne von „einer direkten Einflußnahme des Staatssicherheitsdienstes auf Entscheidungen der anhaltischen Kirche . . . nicht die Rede sein“¹⁶⁷. Und für den Görlitzer Bereich wurde resümiert, angesichts der nur sieben Fälle in dieser Kirchenregion habe sich das Bild einer „stasiverseuchten Kirche“¹⁶⁸ nicht bestätigt. Vor diesem Hintergrund ist allerdings schwer verständlich, warum ständig und so auffällig laut über eine mögliche Schließung der MfS-Akten nachgedacht wird.¹⁶⁹

164 AaO.

165 Ders., Die unerledigte Stasi-Debatte, Teil II, in: DAS Nr. 46 vom 12.11.1993, 18.

166 DAS Nr. 47 vom 19.11.1993, 19.

167 AaO., 16.

168 Ebd.

169 Vgl. dazu z. B. R.G. Reuth, Für und wider die Schließung der Akten, in: FAZ vom 20.11.1993. Vgl. auch den Beitrag des Abteilungsleiters für Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, K.-D. Henke, „Mielkes Geheimdienst war mehr als ein Spitzelapparat. Die Stasi-Akten als wichtige zeitgeschichtliche Quelle“ in der FAZ vom 1.12.1993. Henke setzt sich hier aus der Perspektive des Historikers mit nicht einfach von der Hand zu weisenden Argumenten für die Beibehaltung der Öffnung des MfS-Aktenmaterials ein.

Neben den offiziellen Zahlen führt die EKD eine ständig fortgeschriebene, inoffizielle Decknamenliste. In dieser befinden sich freilich auch nicht bestätigte Hinweise auf kirchliche IM.¹⁷⁰

Im offiziellen Organ der EKD, dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“, konnte sich der Leser im Januar 1994 über die Marschrichtung der evangelischen Kirche informieren:

„Die DDR war ein herzlich unsympathischer Staat. Ihr Regime war zu einem Teil lächerlich, zu einem anderen unfähig und zu einem dritten Teil grausam. Die Stasi hat gefälscht, gequält, gestohlen und gemordet. Mit dem Hitler-Staat indessen könnte die DDR so wenig konkurrieren wie die Stasi mit der Gestapo oder der SS. Sechs Jahre nach Auschwitz – 1951 – wurden alle vom Nationalsozialismus kompromittierten Beamten in der Bundesrepublik nach einer Grundgesetzänderung wieder eingestellt – wurden also jene Schlußstriche unter mögliche individuelle Schuld gezogen, auf die heute ein paar zigtausend Lehrer und ein paar zigtausend Jugendbetreuer in der DDR warten müssen. Nicht, weil sie auch nur annähernd so schuldig sind, wie es ihre Nazi-Kollegen vielleicht waren. Sondern weil es keine ideologischen Fronten mehr gibt, an denen ihre Fähigkeiten gebraucht würden.“¹⁷¹

Eine profiliertere Rundum-Fehleinschätzung scheint kaum mehr möglich.

170 Decknamenliste, Stand: Februar 1994 (MS).

171 Claus Menzel, Nichts als die lautere Wahrheit. Typisch deutsch: Was in den Stasiakten steht, gilt als unantastbar. Wehe dem, der wagt, Zweifel zu äußern, in: DAS Nr. 1 vom 7.1.1994, 21.